

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

99 (28.4.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
anzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die 20 geteilte Millimeter-
zeile kostet 20 Pfennig. Bei Wiederholung halber nach Zahl, bei halbjährlicher
Werbung halber, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Konsumen entgegen Kraft tritt ein Gefälligkeits-
tarif und Verbilligung. Bei 100 Zeilen 10 Pfennig. Bei 1000 Zeilen 100 Pfennig.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, wöchentlich 38 Pf. In der Ausgabe
1,90 Mark o. Durch die Post 2,36 Mark o. Einschreibepost 10 Pfennig o. Ge-
schäftlich 6 mal wöchentlich wöchentlich 11 Pf. o. Postgebühren 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktions: Karlsruhe 1. 3., Neudammstr. 28 o. Fernamt 7020/1021 o. Postfach 3110
Durlach, Hauptstr. 9 B.-Baden, Jagdhausstr. 12. Redakt. Redakt. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 99

Karlsruhe, Donnerstag, den 28. April 1932

52. Jahrgang

Gegen staatsfeindliche Beamte

Kont mit den hakenkreuzlerischen Maulwürfen im Beamtentum! — Schluß mit dem staatszerstörenden Treiben
in den Amtsstuben! — Die badische Regierung will zupacken

Eine bedeutsame Rede des Staatspräsidenten

Der badische Landtag hatte gestern einen wirklich politi-
schen, ja sogar einen hochpolitischen Tag. Der Herr Staats-
präsident Dr. Schmitt leitete die politische Aussprache mit
einer Rede ein, die sicherlich auch über die gelb-rot-gelben
Grenzfälle hinaus Beachtung finden und, je nach der Par-
teistellung, lebhaft Zustimmung oder heftige Kritik auslösen
wird. Herr Dr. Schmitt behandelte in sachlicher Schärfe das
in der Beamtenschaft gegenwärtige Thema über die Pflichten,
die der Beamte gegenüber dem Staate in jedem Falle
zu erfüllen hat; gegenüber dem Staate, für den er einen
Ereid geleistet hat und von dem er Gehalt und Ruhestands-
versorgung erhält. Nationalsozialistische und gelegentlich auch
kommunistische Hezereien und Wühlereien unter der Beam-
tenschaft, besonders aber die nationalsozialistischen Umtriebe,
haben in den letzten beiden Jahren auch in Baden einen Zu-
stand geschaffen, der nicht nur die Autorität der Regierung
mäßig zu vernichten drohte, sondern den Bestand des heutigen
Staates überhaupt. In gottkräftiger Langmut
hat man auch in Baden dieser Entwicklung
bisher zugehört und alle Mahnungen und
Warnungen, besonders der sozialistischen
Presse, wurden, wie im Reich und in anderen
deutschen Ländern, auch in Baden auf die
rechte Schulter genommen.

Das hat böse, sehr böse Früchte getragen. In den badischen
Beamtentuben haben die Nazis ein Spitzelnetz eingerichtet,
das sich bis dicht an die Türe der Minister selbst aus-
dehnte. Wir haben es ja erlebt, daß die Gausleitung der
Nazis von amtlichen Handlungen schneller unterrichtet war,
als die zuständigen Behörden. Höhere Beamte agitierten
ganz unverfroren für die Nazis und zwangen eingeschüchterte
Untergebene, Beiträge für die Partei zu leisten, die den ge-
samten Umlauf und die Vernichtung des Staates herbei-
zuführen will, dem die Beamten zu dienen haben. Beamte
sind in den Vorstandstagen in öffentlichen Versammlungen
und grinsten Beifall, wenn der Staat und seine höchsten Vertre-
ter in der schmutzigen und hundsstößigen Art heruntergeri-
sen wurden, die der hervorragendste Charakterzug der Hitleria-
der ist. Wie groß mag die Zahl der stillen und nicht gleich erken-
baren Sabotageakte sein, die solche Beamte gegen die
Staatsinteressen inzwischen verübt haben? Mit am frech-
sten und traurigsten benahmen sich Teile der Leh-
rerkräfte sowohl an den Volksschulen als an den Mittelschulen
gegen den Staat und gegen die Träger der Staatsautorität.

Was Wunder, wenn angesichts eines solchen Treibens und
seiner sträflichen Duldung durch die Chefs der einzelnen Ver-
waltungen und der Regierungen, bei der Beamten wie bei
der Bürgerschaft die Auffassung förmlich um sich gefressen hat:
dieser Staat hat keine Kraft mehr, sich zu behaupten. Ja mehr
noch; nur zu oft konnte man hören: wenn die Regierungen
sich nicht selbst schuld bewusst fühlten, würden sie dem staats-
zerstörenden Treiben in den Beamtentuben schon längst ent-
gegen getreten sein. Der alte Staat hätte sich nicht ein Hun-
dertstel dessen gefallen lassen, was in der Republik leider mög-
lich geworden ist. Und die so sprachen, hatten zwar mit der
eigenen Behauptung völlig Unrecht, um so mehr aber mit der
Meinung. Als im alten Staate ein Minister im badischen
Landtag es einmal wagte, von der Sozialdemokratie als einer
propädeutischen Bewegung zu sprechen, fiel er Allerhöchsten Ortes
in Angnade, von der er sich nicht mehr zu erholen vermochte.
Dabei war dieser Minister noch ein Adliger und ein streng
monarchistischer Mann.

Was sich in den letzten beiden Jahren in Beamtentuben des
Reiches, der Länder und der Gemeinden an Hege gegen den
Staat, gegen die höchsten Träger der Staatsgewalt und an
Unterminierung des Staates alles abgepielt hat, das war
kaum zu schmachvollen Reichs- und Staats-
kandale gediehen. So kam es, daß in der Strafschutz-
in politischen Prozessen bei einem Teil der Richter eine Ver-
schwörung eintrat, die bis zur ganz unüberhüllten
Verhöhnung des Staates in Urteilen und ihrer Begründung
führte; so kam es auch, daß die Exekutivorgane des Staates,
Rechtswahr und Polizei, ebenfalls von dem staatszerstörenden
nationalsozialistischen Gift angegriffen wurden. Man muß
sich oft schmachvollen Verlaagens bestimmter Richter und Ge-
richte, die hatte Pflicht in dieser belonders für die Polizei so
schweren und mühevollen Zeit erfüllte.
Man endlich ist die Geduld auch der Regierung erschöpft.
Ihrer neulichen Erklärung hatte die badische Regierung

die Initiative ergriffen, um wieder die staatsnotwendige Ord-
nung bei der gesamten Beamtenschaft herzustellen. Der
bayerische und der württembergische Staatspräsident haben
zu der badischen Sprache ein beifolgendes Echo geliefert. Gestern
hat dann der badische Staatspräsident in der Tat Frankur
geredet. Wer Herrn Dr. Schmitt kennt, weiß, daß er nicht aus
Parteilichkeit spricht; weiß, daß er die Korrektheit selbst
liebt, weiß, daß Herr Dr. Schmitt auch sachlich scharfe Worte
nicht liebt, noch weniger Mahnungen, die Drohungen sind.
Aber nunmehr zwangen ihn die Tatsachen zu einer Sprache,
die freudigen und lauten Beifall bei allen verantwortungs-
bewußten Staatsbürgern im ganzen Lande auslösen wird.
In der Notwehr! Der Herr Staatspräsident hat das
selbst betont. In der Notwehr gegen die Teile der Beamtenschaft,
die, wie wir hinzufügen, sich als eidsbrüchige und
pflichtvergessene Gesellen gegenüber dem Staate
erwiesen haben, dessen treue Diener sie sein sollen.

Es war ein wahres und ein mutiges Wort, als gestern der
Herr Staatspräsident dem pflichtvergessenen Teil der
Beamtenschaft vorhielt, er möge sich ein Beispiel an gro-
ßen Teilen der Erwerbslosen nehmen, die trotz Not und
Elend die Allgemeininteressen höher stellen als die Partei-
interessen; als er von der „disziplinierten Arbeiterschaft“
sprach. Während der letzten harten und so bedeutungslohen
Wahlwochen erfüllten erwerbslose oder miserabel bezahlte
Proletarier ihre Pflicht gegenüber dem Staate und zu seiner
weiteren Erhaltung, unterdessen in Beamtentuben bezahlte
Staatsdiener saßen, die in charakterloser Erbärm-
lichkeit an der Unterminierung des Staates ar-
beiteten und auch sie inmitten der furchtbaren Weltwirt-
schaftskrise Opfer bringen mußten. Pst! Teufel über
solche Gesellen!

Den Worten des Herrn Staatspräsidenten soll rücksichts-
los die Tat folgen. Hoffentlich, sonst ist die Staatsautorität
rettungslos zerbrochen. Nur jetzt und in diesem Punkte
keine Enttäuschungen mehr! Sie wären untragbar.
Die badische Staatsregierung kann sich, wenn sie durch-
hält, was der Herr Staatspräsident gestern in ihrem Namen
angekündigt hat, auf die republikanisch-demokratische Bewöl-
kerung sicher verlassen. Sie erweist dann nicht nur dem Lande,
sondern ganz Deutschland einen großen Dienst.

Also, Landgraf: werde hart!

Badischer Landtag

Nach den trockenen Zahlen des Finanzministers nun die entsetz-
liche, energische Sprache des Politikers, des badischen Staats-
präsidenten Dr. Schmitt! Eine Rede für die badischen Beamten!
Eine Sprache, wie sie endlich einmal nötig war, um die badischen
Beamten zur Vernunft und zu Verstand zu bringen. Der Staats-
präsident brachte eine Ueberfülle Material über die volksfeindlichen
und volksverderbenden Pläne der Nationalsozialisten. Der Aus-
fall der Wahlen des letzten Sonntag hat die badische Regierung
in ihrer Haltung nicht schwach gemacht. Sie steht zu ihrer Er-
klärung vom 14. April über die nationalsozialistische Beteiligung
von Beamten und sie wird diese Erklärung auch rücksichtslos durch-
führen.

Mit Genugtuung ist anzuerkennen, daß der Staatspräsident den
Beamten die Opferbereitschaft und Opferwilligkeit der Arbeiter-
schaft entgegenhielt, die trotz schwerer Entbehrungen, schwerer Ent-
täuschungen Disziplin hielt und den Staat, das Vaterland über die
Partei stellt. Die Rede des Staatspräsidenten soll, wie wir hören,
allen Beamten zur Kenntnis gebracht werden. Sie sollte aber auch
in ganz Baden öffentlich angeschlagen werden.

19. Sitzung r. Karlsruhe, 27. April.

Der Justizminister erucht um Genehmigung zur

Strafverfolgung des Abg. Herbert Kraft (NS.)

wegen Beleidigung des Landtags. Abg. Deusel erstattet Bericht.
Der nationalsozialistische Abg. Kraft hatte in einer nationalsozia-
listischen Wählerversammlung den Landtag als einen politisch
genehmigten Unfug bezeichnet. Der Ausschuss beantragt, die Ge-
nehmigung zu erteilen. — Abg. Marshall von Bieberstein (NS.)
wendet sich gegen den Antrag, Abg. Kraft werde aber den Wahr-
heitsbeweis für seine Bemerkung erbringen. Er erhält hierfür
einen Ordnungsruf, ebenso Abg. Bod (Komm.), der sich ebenfalls
ähnlich äußert. Das Haus stimmt dann der Strafverfolgung des
Abg. Kraft zu. — Nachdem noch Abg. Seid über einige kommuni-
stische Anträge berichtet hatte, deren Ablehnung er beantragt, wird
endlich in die

Politische Aussprache

Staatspräsident Dr. Schmitt

leitete die Aussprache mit einer Rede ein, in der er sich zunächst
mit der kürzlichen Erklärung der Regierung betr. die Zugehörig-

An die Partei!

Genossinnen und Genossen!

Im Kampfe feiern wir den 1. Mai. Abgeschlagen sind die Stürme
des Feindes, Hitler ist nicht Reichspräsident. Bei den Landtags-
wahlen haben die Nationalsozialisten weder allein noch mit an-
deren Rechtsparteien die Mehrheit erreicht. Ueberall zerbrach ihr
Angriff vor dem Ziele an dem Widerstand der Sozialdemokratie
und der Eisernen Front. Aber der Kampf geht weiter.

Not und Verzweiflung treiben Millionen verblendeter Volks-
genossen in das Lager der Reaktion. Auf der Flucht vor den Folgen
des kapitalistischen Systems laufen sie den Söldlingen des Kapitals
in die Arme. Im Zeichen des Hakenkreuzes vollzieht sich die
Sammlung gegen die Sozialdemokratie, der Aufmarsch aller Mächte
der Vergangenheit gegen die Republik und das arbeitende Volk.

Parteien, die in der Geschichte Deutschlands eine bedeutende
Rolle spielten, sind weggefallen. Der bürgerliche Liberalismus hat
als politische Organisation zu existieren aufgehört. Aufgabe der
Sozialdemokratie allein bleibt es, die geistige Freiheit der Nation
gegen die Anstöße einer stumpfen Gewaltherrschaft zu verteidigen,
das gleiche Recht aller Staatsbürger zu schützen, den Forderungen
der Menschlichkeit in Staat und Wirklichkeit Geltung zu verschaffen.

Der Faschismus ist der Feind! Nur die Sozialdemokratie kann
ihn besiegen!

Darum alle heran zur Sozialdemokratie! Alle heran zur Eisernen
Front! Stärkt eure Organisationen! Werbt für eure Presse!
Schließt euch an! Reicht euch ein!

Wer gegen die Sozialdemokratie geht, sie beschimpft und ver-
leumdet, der dient dem faschistischen Klassenfeind! Wer im Lager

der Arbeiterklasse die Zwietracht sät, der dient dem faschistischen
Klassenfeind!

Genossinnen und Genossen! Bietet jedem die Hand, der ehrlich
zu uns kommt, um mit uns zu kämpfen, aber mißtraut denen,
die sich an euch heranschleichen, um Streit in eure Rei-
hen zu tragen!

Der 1. Mai soll unter sozialistischen Fahnen ein einiges Prole-
tariat zeigen! In diesem Sinne feiern wir ihn!

Faschismus ist Krieg. Wir demonstrieren für den Frieden!

Faschismus ist Knechtschaft. Wir demonstrieren für die Freiheit!

Faschismus ist Diktatur des Kapitals. Wir demonstrieren für
den Sozialismus!

Nur ein einiges Proletariat kann sich gegen die wütenden
Wirkungen der Krise erfolgreich zur Wehr setzen und eine Politik
des sozialistischen Aufbaues erzwingen, die wieder Arbeit und Brot
schafft.

Genossinnen und Genossen, es ist keine Zeit, vom Kampf auszu-
ruhen! Schart euch zusammen! Zeigt Befehmsmuth! Diese Mat-
feier muß ein Signal sein, das alle Schlafenden weckt, alle Wanfel-
mütigen aufrüttelt, allen Schwankenden den Weg weist!

Jetzt erst recht! Alle her zu uns! Massen heraus! Fahnen
heraus!

Seid einig und der Sieg ist euch gewiß!

Berlin, 27. April 1932.

Der Parteivorstand

keit von Beamten zur Nationalsozialistischen Partei besteht. Die Regierung ist gewillt, die in ihrer Erklärung angekündigten Maßnahmen auch durchzuführen. Die Beamten sind empfindlich für jene Agitation, weil ihnen Versprechungen gemacht wurden, die aber nie erfüllt werden. Die Gehaltskürzungen wurden nicht nur in Baden und Deutschland vorgenommen, sondern auch in Italien und anderen Ländern. Die Beamten erkennen, daß sie hintergangen worden sind. Es ist besser, 80 Prozent sicher auszubezahlen zu erhalten, als am nächsten Zahlungstermin vielleicht nur 50 Prozent zu erhalten.

Die Beamten sollen auf die Arbeitslosen blicken
Die Beamten sollen auf die disziplinierte Arbeiterklasse blicken, die Opfer über Opfer gebracht hat, und dennoch den Staat vor der Partei kommen ließ. Der Redner verliest ein Schreiben des hiesigen Gauwirtschaftsleiters für Beamte von Gregor Strasser, in dem auch drakonische Maßnahmen angekündigt werden, in denen auch die Beamten nicht ausgenommen wären. Den Beamten müsse klar gemacht werden, daß zuerst dem Volksganzen eine Lebensmöglichkeit gegeben werden müsse. Das Ganze, so betont der Staatspräsident, ist die beste Rechtfertigung der Vorverordnungen, die es geben kann. Die Beamten müssen erkennen, daß sie getäuscht worden sind.

Die Ursachen unseres Elends liegen im Krieg und in der Vorkriegszeit, sie liegen in einer verfehlten Außenpolitik vor dem Krieg und in dem ungerechten preussischen Dreiklassenwahlrecht. Die Not ist eine Weiterentwicklung. Die Ursache ist mit der Schuldlage, die Aufrüstung, die Reparationen, die Leberproduktion, die Zollmauern, die falsche Geldverteilung, und die deutsche Ursache ist der Radikalismus. Die Stahlhelmpropaganda hat uns auch nichts gekostet, und die Rede Schachts auch nicht. Die Ursache unseres Unfalls ist auch nicht die Staatsform, die Republik. Die Verträge, die abgeschlossen wurden, kamen mit der Zustimmung der nationalen Opposition zustande oder unter deren Ehrenprotektorat. Wo sind denn die wirklichen Vorherrscher der Nationalsozialisten? Etwas die Bedrohung der Finanzwirtschaft, die Abschaffung der Goldmark? Der Redner schildert das Verhalten der soa. nationalen Opposition bei der Zustimmung zum Versailles Vertrag und zum Dawesplan. Die Nationalsozialisten hätten auch nichts anderes getan. Der Staatspräsident verweist auf Reichstagsverhandlungen, wie sich da die Nationalsozialisten verhalten haben, so bei dem Antrag der Kommunisten, die Youngzahlungen einzustellen; dann auf Verhandlungen und Erklärungen Hitlers. Es geht daraus hervor, daß die Nationalsozialisten sich genau so verhalten hätten, wie wir, wenn sie an der Regierung gewesen wären. (Aha. Kraft: Varien Sie mal ab, Sie werden es noch erleben!) Beamte, die bisher in den Büros Hilters verfaßt haben, erklären jetzt, daß sie sich wegen den Nationalsozialisten keine Unannehmlichkeiten ausbitten wollten.

Der Nazi-Terror gegen die Beamten

Auch hier teilt der Staatspräsident eine Fülle Material mit. Ein Beamter hat schon die Stellen für das Dritte Reich verteidigt, er erklärte in seinem Büro: Du erhältst den Posten, du lehnst und du bleibst hinst! Ein höherer Beamter hat an seine unterstellten Beamten Hiltersmützen zum Weiterverkauf ausgeschrieben. Namen von Beamten wurden ohne deren Wissen unter Flugblätter gesetzt, Beamte haben sogar deshalb Strafantrag gestellt deswegen. Als der Staatspräsident bezüglich von Ausführungen im Führer mitteilt, das sei das Charakterloseste, was er je gesehen, ruft Aha. G. Kraft dem Staatspräsidenten zu: Charakterlos sind Sie. Unter stürmischen Hilaritäten wird der Naziabgeordnete sofort aus dem Saale gewiesen. In einem Rundschreiben wird die Bewußtlosigkeit auch von Abgeordneten empfohlen. Sogar in der nächsten Nähe der Minister werden Spittel gehalten. Die Beamten mögen sich bei den Nationalsozialisten bedanken, wenn wir gerade in den Ministerien mit unerbittlicher Strenge vorgehen.

Die Beamten sind nach der Reichsverfassung nicht strafenlos frei, sondern im Rahmen der allgemeinen Gesetze, das ist das Strafgesetz und das Beamtengesetz. Die badische Regierung hat sich mit ihrer Haltung gegenüber der Betätigung von Beamten für Nationalsozialisten der Auffassung des führenden Staatsrechtslehrers Anshitz angeschlossen. Betätigung ist das Führen von Beträgen, das Werben, Beseitigung irgend einer Funktion. Die Beamten sind Organe des Staates und nicht einer Partei. Können wir einen Beamten als Jugendleiter gebrauchen, wenn er in öffentlichen Versammlungen den Landtag als politisch genehmigten Unfug bezeichnet? Wie kann dieser Lehrer den Kindern staatsbürgerliche Gefinnung lehren? Die Wahlen in den Einsiedlern haben keinen Einfluß auf unsere Haltung! Wir werden gerade und gerecht unseren Weg weitergehen. Wenn ein Minister, eine vormalige Behörde in einer nationalsozialistischen Versammlung angetreten und beleidigt wird, so hat ein Beamter, wenn er am Bestenfalls nicht, gegen diese Angriffe Stellung zu nehmen oder mindestens den Platz zu verlassen. Gegen einen Beamten, der dies nicht tut, ist ein Disziplinarverfahren einzuleiten worden.

Der Staatspräsident erläutert dann die Regierungserklärung vom 1. April. Wir werden auf alle Fälle dafür sorgen, daß die Ministerien sauber, dicht und charakterfest bleiben. Aber die Frage der Neutralität ist noch nicht geklärt. Zuerst werden die größten Fälle behandelt. Wir üben ein Notwehrrecht aus, wenn wir alle unedlen, charakterlosen Elemente aus den Ministerien entfernen. Auch die Städte werden die Erklärung der Regierung durchführen.

Am weiteren beschäftigt sich der Redner mit der Legalität der Hilterspartei! Wie wollen Sie denn, Herr Aha. Köhler, nach Erreichen der Macht legal sein hinsichtlich des Antisemitismus? Selbst wenn Sie legal bleiben wollen, können Sie es nicht! Sie wollen Köpfe rollen lassen für Taten der Vergangenheit! Es müßte die Verfassung geändert werden! Wollen Sie die nötige Zweidrittelmehrheit dafür erhalten, auf legalem Wege? Es ist also dies nur auf illegalem Wege möglich. Der Minister verliest Drohbriefe von verschiedenen Stellen, die zeigen, welche Wirkung das Wort vom Köpferrollen gehabt hat. Der Redner betont nochmals unter Verleumdung der Richtlinien der Regierung, daß rückwärtslos vorgegangen würde. Die Richtlinien gelten auch für die Dozenten der Hochschule. Gegen einen Dozenten ist ein kriminelles Verfahren eingeleitet; ein weiteres Verfahren wird folgen.

Das Ziel unserer Regierungserklärung war eine Maßnahme. Die Legalitätsbeteuerungen sind unglücklich. Die Beamten sollen zu ihrer Pflicht zurückkehren.

Wir werden unsere Erklärung durchführen.

Sollte nötig sein, bestehende Gesetze zu ändern, so werden wir auch dies tun. Denn unsere Aufgabe ist, den Bestand des Staates zu erhalten. (Bravo bei der Wiederholung des Wortes.)

Ministerialrat Dr. Frech gibt einen Auszug aus der Denkschrift des Reichsinnenministers über die Ziele der NSDAP. Auch aus diesem Material wird nachgewiesen, was es mit den Legalitätsbeteuerungen auf sich hat. Der Redner teilt in gut zwei Stunden während den Darlegungen einen vollständigen Beweis von den unheilvollen, auf Gewalt beruhenden Bestrebungen der NSDAP mit. Der größte Teil des Materials ist ja bekannt, zu begrüßen ist nur die zusammenfassende Bekanntgabe. — Diese Mitteilungen hätten vielleicht besser in einem späteren Zeitpunkt gegeben werden sollen. Denn es ist kein Zweifel, daß im Augenblick die Wirkung der Rede des Staatspräsidenten durch die etwas trodene Verlesung des unendlichen Materials abgeschwächt wurden.

Staatspräsident Reinhold teilt mit, daß er aus dem stenographischen Protokoll feststellen habe, daß die Äußerungen des Aha. G. Kraft gegen den Staatspräsidenten so beleidigender Art war, daß ein einfacher Ausschluss nicht genügt. Er, der Präsident, nahm deshalb von dem weiteren ihm nach der Geschäftsordnung zustehenden Recht Gebrauch und schickte den Aha. G. Kraft auf die Dauer von 60 Tagen von den Sitzungen aus. (Zustimmung und Bravo im ganzen Hause.) — Um 11 Uhr mittags wird die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Donnerstag, 28. April, vormittags 9 Uhr, anberaumt.

Wirtschaftliche Antriebsversuche

Reichsbankdiskont auf 5 Prozent herabgesetzt

Wird diese Geldverflüssigung angesichts der politischen Unsicherheit nützen?

Der Zentralausschuss der Reichsbank hat am Mittwoch den Beschlus gefasst, den Diskont von 5 1/2 auf 5 Prozent herabzusetzen. Der Lombardzins wird um 1/2 auf 6 Prozent erniedrigt. Dazu bemerkt die Reichsbank: „Die Reichsbank hat sich trotz der aus der Devisenlage ergebenden Hemmnissen an dieser Zinsenkürzung entschlossen, um der Wirtschaft von der Zinsseite her die nach der Gesamtlage vertretbaren Antriebsmöglichkeiten zu verschaffen. Der Reichsbank wurde ihr Entschlus durch die künftige Gestaltung des Geldmarktes, durch die fortwährende Entlastung ihres Status und durch seit der letzten deutschen Diskontsenkung eingetretene weitere ausländische Diskontsenkungen erleichtert.“

Wenn sich die Reichsbank für ihre Maßnahme auf etwas berufen kann, dann auf die größere Flüssigkeit der Geldmärkte. Allerdings ist diese Flüssigkeit äußerst problematisch. Kein Mensch kann nämlich — und die Unsicherheitsfaktoren kommen vor allem aus der Politik, wie sie sich unter Einfluß der nationalsozialistischen Partei gestaltet — sagen, wie sich die Dinge in den nächsten Wochen und Monaten entwickeln werden. Doch ist der Reichsbank beizustimmen, wenn sie jedes Mittel versucht, um die Wirtschaft zu beleben und zu befruchten. Man kann auch annehmen, daß die neue Diskontsenkung, die überaus wichtig geworden ist, erzielte, nachdem eine längere Unterredung zwischen Vertretern der Industrie und dem Reichsbankpräsidenten Luth er stattgefunden.

Gegenüber einem Zinssatz von 15 Prozent und einem Lombardzins von 20 Prozent, wie wir sie im vorigen Sommer zeitweise hatten, mühen die heutigen Sätze äußerst niedrig an. Die Reichsbank erreicht mit dem Diskontsatz von 5 Prozent die Zinshöhe von Mitte 1930, die dann durch die Hilterswahl im September 1930 und die einsetzende Vertrauenskrise über den Haufen geworfen wurde.

Her mit der 40 Stundenwoche

Ein ungenügender Entwurf

Ueber die Arbeitszeitverkürzung findet nach den Verhandlungen der zuständigen Ministerien des Reichs und der Länder und nach den Verhandlungen mit dem Bergbau auch noch eine Aussprache des Reichsarbeitsministeriums mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt.

Der Entwurf des Ministeriums zur Einführung der vierzigstündigen Woche ist nur eine Diskussionsgrundlage. Der Entwurf ist ungenügend. Nach wie vor muß endlich die allgemeine Einführung der vierzigstündigen Woche gefordert werden. Nebenbei muß das Ministerium den für die vierzigstündigen Woche vorgesehenen Rahmen noch sehr erheblich erweitern. So ist z. B. die Einführung der vierzigstündigen Woche für Versicherungsangehörige, für Maschinenisten und Seizer in Kraftwerken, für die Schwerindustrie, um nur ein paar Beispiele zu nennen, längst überfällig.

Das große Ziel der vierzigstündigen Woche muß von der Arbeiterschaft in der im Auge behalten werden. Unstimmigkeiten, wie sie da und dort im Zuge der Arbeitszeitverkürzung in einzelnen Betrieben unter dem Druck des Unternehmers, wie z. B. auf dem Marinewerk in Wilhelmshaven, entstanden sind, dürfen unter keinen Umständen ein Hemmnis bilden.

Die Zeit ist reif für die vierzigstündigen Woche. Her mit ihr!

Freistaat Baden

Der Nazi-Kraft seines Amtes enthoben

Die Neue Badische Landesregierung von heute früh meldet: Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Professor Herbert Kraft (Mannheim) ist mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Amtes enthoben worden.

Der unmittelbare Anlaß zu dieser Maßnahme liegt nicht etwa in seinem Verhalten gegenüber dem Staatspräsidenten, wegen dessen er für 60 Tage von den Landtagsarbeiten ausgeschlossen worden ist; die Suspendierung steht in Zusammenhang mit bestimmten Tätigkeiten Krafts gegen den Abgeordneten Hilbert im Anschluß an die Landtagsitzung vom 17. Februar d. J. Wegen dieser Ausschreitungen wurde bekanntlich gegen den Abgeordneten Kraft auch ein strafgerichtliches Verfahren, zu dessen Durchführung der Landtag seine Zustimmung aufgegeben hat.

Endlich wird dem Skandal ein Ende gemacht, daß ein Mann, der sich in seiner politischen Betätigung fortgesetzt in der unflätigsten Weise benimmt und dadurch nachgerade zu einem öffentlichen Aergernis geworden ist, von seinem Amte als Lehrer enthoben wird. Wie kürzlich berichtet, mußte auch der Nazi-Lehrer Görtner seines Dienstes enthoben werden, weil er sich ähnlich wie der Nazi-Kraft öffentlich aufgeführt hat.

Veränderungen in der Verwaltung

Es wurden ernannt: Landrat Otto Naumann in Wiesloch zum Polizeidirektor in Baden-Baden, Regierungsrat Dr. Karl Säuber beim Obergerichtsamt Karlsruhe zum Landrat in Dörrach, Regierungsrat Dr. Rudolf Maier beim Bezirksamt Ueberlingen zum Landrat in Pfullendorf, Regierungsrat Hellmut Müller beim Bezirksamt Freiburg zum Landrat in Willingen, Regierungsrat Erwin Dörner in Karlsruhe zum Landrat in Schopfheim.

Es wurden verlesen: Landrat Alfred Franz in Schopfheim nach Konstanz, Landrat Karl Dold in Pfullendorf nach Wiesloch, Landrat Friedrich Wenz in Willingen nach Schopfheim, Landrat Theodor Wintermantel in Dörrach nach Karlsruhe, Landrat Dr. August Pflüger in Konstanz nach Freiburg.

Ernannt wurde Regierungsrat Josef Frey beim Bezirksamt Schopfheim zum Regierungsrat dorthelbst, Regierungsrat Josef Bell im Ministerium des Innern zum Regierungsrat beim Bezirksamt Karlsruhe, Der Regierungsrat Dr. Fees beim Bezirksamt Rastatt wurde zu jenem in Karlsruhe verlesen. Regierungsrat Diebold beim Bezirksamt Karlsruhe erhielt keine Verlesung zum Obergerichtsamt Mannheim. Regierungsrat Dr. Fuchs beim Bezirksamt Waldbrunn kommt nach Konstanz an das Bezirksamt. Veterinärarzt Dr.

Einzelne Fahrpreismäßigungen

Herabsetzung der Zuschläge und Urlaubskarten

Vom 25. bis 27. April tagte in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Er genehmigte Geschäftsbericht und Bilanz für das Rechnungsjahr 1931 und beschloß die Ausschüttung einer 7prozentigen Dividende auf die ausgegebenen Vorkausstaktien, Serie 1-5.

In der Verkehrsverwaltung im ersten Vierteljahr des Jahres 1932 drückt sich die weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage in vollem Maße aus. Der Güterverkehr erbrachte gegen die gleiche Zeit des Vorjahres 31 Prozent weniger Einnahmen, gegen 1929 sogar 52 Prozent weniger. Beim Personenverkehr machte sich ein Einnahmefall gegenüber dem Vorjahr von etwa 17 Prozent, gegen das Jahr 1929 von nahezu 26 Prozent bemerkbar.

Um den Reiseverkehr zu beleben, gab der Verwaltungsrat seine Zustimmung zu einer vorgeschlagenen Fahrpreismäßigung. Danach wird vom 1. Juni d. J. ab der Schnell- und Eilzugzuschlag um die Hälfte ermäßigt. Das Sparsummenverhältnis bei den Monats- und Schülermonats- und Teilmonatskarten wird geändert, so daß eine Ermäßigung zwischen 8 und 20 Prozent eintritt. Außerdem werden nunmehr Urlaubskarten für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober 1932 eingeführt mit einer 20prozentigen Fahrpreismäßigung und einer Geltungsdauer von zwei Monaten, wobei die Reise sich mindestens auf 200 Kilometer erstrecken muß und die Rückreise nicht vor dem ersten Geltungstage angetreten werden darf. Vorausgesetzt wird, daß diese Urlaubskarten sich auf Reiseziele in Deutschland erstrecken.

Die Sommerurlaubskarten werden für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober 1932 mit 20 Prozent Fahrpreismäßigung und einer Geltungsdauer von zwei Monaten eingeführt, wobei die Reise sich

Friedmann in Schopfheim abt als Bezirksleiter nach Pforzheim, Veterinärarzt Dr. Boller in Schönau als Bezirksleiter nach Schopfheim.

Dienststrafe gegen einen Nazi-Beamten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Der Verwaltungsdirektor Ernst Berke beim Bezirksamt Rastatt ist für eine Dienststrafe wegen einer Geldstrafe bestraft worden, weil er einer öffentlichen Versammlung der NSDAP. Eintrittskarten verkauft hat. Die Strafe ist rechtsstraflos.

Strafantrag gegen Hakenkreuzblat

Dr. Moesheim, 27. April. Das Mannheimer Hakenkreuzblatt brachte in Nummer 30 einen Artikel, in dem der hiesige sozialdemokratische Bürgerweiser Kleinhaus und besonders dessen Schamer angegriffen wurden. Bürgerweiser Kleinhaus hat nun ein Strafantrag gegen das Hakenkreuzblatt gestellt.

Jubiläum des Badischen Richtervereins

Dr. Karlsruhe, 28. April. Der Badische Richterverein feierte am letzten Sonntag in Karlsruhe, seiner Gründungsstätte, den Geburtstag seines 25jährigen Bestehens. Die Feier fand im Sitzungssaal des Oberlandesgerichts statt, in Anwesenheit des badischen Staatspräsidenten und Justizministers Dr. Schmitt und des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Busenberger. Auch Rechtsanwalt Dr. Schmitt als Vorsitzender der Badischen Anwaltskammer und Justizrat Dr. als erster Vorsitzender des Badischen Notariatsvereins waren zugegen, um den Richterverein zu beglückwünschen. Senatspräsident Busenberger warf einen Rückblick auf den Werdegang des Jubiläumsvereins.

Der badische Landeseisenbahnrat zur Elektrifizierung

Am Montag befaßte sich der badische Landeseisenbahnrat in Karlsruhe in eingehender Debatte mit der Frage der Elektrifizierung der badischen Eisenbahnstrecken. Es wurde beschloßen, den Reichsbahndirektion Karlsruhe zu veranlassen, erneut die Möglichkeit der Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken in Baden an maßgebenden Stellen weiterzuleiten. Wenn auch im Augenblick finanzielle Verhältnisse nicht günstig seien, so sei doch der Eisenbahnrat der Auffassung, daß mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der badischen Eisenbahnen sowie auf die Bedeutung der Elektrifizierung des badischen Eisenbahnnetzes bad in Angriff genommen werden sollte.

mindestens auf 200 Kilometer erstrecken muß und die Rückreise nicht vor dem 11. Tage angetreten werden darf. Vorausgesetzt wird, daß diese Urlaubskarten sich auf Reiseziele in Deutschland erstrecken.

Sommerurlaubskarten werden für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn aufgelegt, für die auch gewöhnliche Fahrkarten vorliegen. Bei Benutzung von Schnell- und Eilzügen ist der ermäßigte Zuschlag zu zahlen. Die Sommerurlaubskarten sind übertragbar und müssen vom Inhaber unterschrieben werden. Die Ferienüberdarsätze gleichfalls eine Ermäßigung von 20 Prozent genießen, werden an den Tagen, an denen Ferienüberdarsätze gefahren, nach den Zielen dieser Züge keine Sommerurlaubskarten ausgeben.

Somit die Monats- und -Karten in Frage kommen, wird die Monatskarte dritter Klasse mit Eilzugberechtigung den bisherigen Preis haben, wie die Monatskarte für die Personenzüge der zweiten Klasse.

Die Maßnahme stellt eine Vereinfachung dar und bringt für die Monatskarte dritter Klasse mit Eilzugberechtigung eine Ermäßigung um 14,6 Prozent, und für die Monatskarte zweiter Klasse mit Eilzugberechtigung eine Ermäßigung um 21 Prozent gegenüber den heutigen Sätzen.

Reichsbankausweis

In der dritten Aprilwoche ist es der Reichsbank gelungen, den Devisenbilanz auszugleichen. Während in der zweiten Aprilwoche noch 32,7 Millionen Mark von der Währungsreferenz verloren gingen, war es in der dritten Aprilwoche möglich, die Verluste an Gold und Devisenbilanz um 1,2 Millionen Mark zu reduzieren. Im einzelnen haben die Bestände an Gold um 200.000 Mark, die Bestände an Devisen um 1 Million Mark auf 129 Millionen Mark. Die Devisen der Noten durch Gold und devisenmäßige Devisen betragen 129 Millionen Mark gegenüber 127,7 Millionen Mark in der Vormo-

Genfer Besprechungsprogramm umgeworfen

Rechtspolizei und diplomatische Krankheit Tardieu
Genf, 27. April. (Eig. Draht.) Tardieu, der die Absicht hatte, am Freitag wieder nach Genf zu reisen, um an den Besprechungen zwischen Stimson, Brüning und MacDonald teilzunehmen, hat am Mittwoch den Führer der französischen Delegation, Paul Boncour telegraphisch, daß er wegen einer Rektal-entzündung zu seinem Bedauern auf die Reise nach Genf verzichten mußte.

Das Programm der politischen Beratungen zwischen den Regierungschefs und Delegationsführern in Genf ist am Mittwoch nachmittags durch die Abgabe Tardieus umgeworfen worden. Stimson, MacDonald und Brüning werden deshalb am Donnerstag Genf verlassen. Die Wiederaufnahme der Besprechungen ist im Augenblick noch unbestimmt. Immerhin dürften sie unter keinen Umständen vor Abschluß des zweiten Wahlauges in Frankreich möglich sein. Damit ist auch jede weitere Arbeit der Abrüstungskommissionen bis nach den französischen Wahlen verschoben.

Es läßt sich nicht verkennen, daß durch alle Sühnliturgien für die plötzliche Erkrankung Tardieus an Saisenzündung von englischer und amerikanischer Seite ein Unterton von härtester Unzufriedenheit durchdringt. Der lange verarbeitete Versuch, die Politik wie während der Londoner Seeabrüstungskonferenzen durch die Delegationschefs zu regeln und nur die Einzelheiten den technischen Kommissionen zu überlassen, ist eben so augenscheinlich durch ein Anrückziehen der augenblicklichen französischen Führung vor endgültigen Entscheidungen zunichte gemacht worden.

Acht Millionen Arbeitslose in den USA

W.B. New York, 27. April. Nach Mitteilungen des Vorsitzenden des amerikanischen Allgemeinen Arbeiterverbandes, Geem, hat die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten 7.950.000 erreicht. Geem empfiehlt die Einführung der fünfjährigen Arbeitswoche, um dem Ernst der Lage zu begegnen.

Niederlage der irischen Regierung

Dublin, 27. April. Bei einer Abstimmung über eine Vorlage zur Befreiung der Arbeitslosigkeit in der Kammer wurde die Regierung mit 74 gegen 66 Stimmen geschlagen. Von den Reihen der Opposition ertönte der Ruf, die die Regierung zum Rücktritt aufforderten. De Valera antwortete, wer den Rücktritt der Regierung wünsche, könne in einen Misstrauensantrag einbringen.

Die Internationale Arbeitskonferenz

Genf, 27. April. (Eig. Draht.) Die Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz hat einstimmig beschlossen, den von einem Ausschuss vorgelegten Fragebogen über das Verbot der Stellenermittlungsbüros gegen Bezahlung an die Regierungen abzufragen, und den Abschluß einer Konvention über dieses Verbot auf die Tagungsordnung der Konferenz für 1933 zu setzen. Entsprechend den Antworten wird das Internationale Arbeitsamt dann einen Konventionstext vorlegen. Der Fragebogen wünscht eine Definition der zu verbietenden Büros, ferner Angaben über ein generelles Verbot, über Ausnahmen für bestimmte Berufe, über Annullierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung an die Bedürfnisse der von dem Verbot betroffenen Berufe, über die Zeitpunkte bis zur völligen Aufhebung und über die internationalen und nationalen Strafmaßnahmen gegen Verletzungen des Verbotes.

Ebenfalls einstimmig hat die Konferenz die Erweiterung des Schlichtungsabkommens für die Eisenarbeiter angenommen, wobei besonders die Binnenindustrie eingeschlossen bleibt und die Regierungen verpflichtet werden, sofort in Verhandlungen über die Gegenleistung der Anwendung der Schlichtungsbestimmungen einzutreten. Die zwischen den sieben hauptsächlichsten Kohlenländern vorgelegten Besprechungen über eine gemeinsame Ratifikation des Arbeitszeitabkommens für den Kohlenbergbau mußte abgelehnt werden, weil England die Teilnahme verweigerte, weil die Reparationsfrage bisher nicht gelöst worden ist. Sie wird also deshalb nicht nach der Lausanner Konferenz stattfinden.

Ein Minister als politischer Schieber

Strafanträge gegen Nazi-Frid

W.B. Weimar, 27. April. Der thüringische Untersuchungsrichter, der sich mit den Verleumdungen im Amt, insbesondere in der Amtszeit des ehemaligen thüringischen Innenministers Frid, befaßt, nahm am Mittwoch die Strafanträge entgegen. Darnach empfiehlt der Untersuchungsrichter dem Landtag, gegen Dr. Frid Strafanträge wegen Urkundenverfälschung und wegen Verletzung der Eidspflicht zu stellen, ferner ihn wegen schuldhafter Verletzung der Verfassungsbefehle vor dem Staatsgerichtshof anzuhalten. Es handelt sich hierbei um den Verlust, Stiller durch Anstellung als Landratskommissar von Silberhausen die deutsche Staatsangehörigkeit zu verfallen.

Ein Verleumder gestellt

Darmstadt, 27. April. (Eig. Draht.) Der bayerische Nazi-Geordnete Dr. Best, der Vater der Vorbeimer Dokumente, hat anlässlich der Auflösung der SA und SS im bayerischen Landtag die heftige Polizei als „Pretorianergarde der salernierten Polizei“ bezeichnet und von den Polizeibeamten gesagt, daß sie „Schulden über Schulden haben und auch so den Bürger schädigen.“ Der Verband der Polizeibeamten Bayerns hat jetzt an Best einen offenen Brief gerichtet und ihn aufgefordert, die unter dem Schutze der Immunität gemachten Ausführungen in der Öffentlichkeit so zu wiederholen, daß eine gerichtliche Ausstrahlung des Voralles möglich wird.

Gewerkschaftsbewegung

Die Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zur Bierpreisfrage

Bei der am 24. April 1932 stattgefundenen Versammlung der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter erstattete Koll. Ritter einen ausführlichen Bericht über die Senkung der Reichs- und Gemeindeförderer und den hernach erfolgten Besprechungen über die Senkung der Bierauskantspreise. Der Herabsetzung der Biersteuer sollte vor allem eine Herabsetzung der Auskantspreise folgen, um durch Senkung des Konjums die hiermit zusammenhängenden Wirtschaftswirtschaft zu beleben; dadurch den Arbeitsmarkt zu entlasten und nicht zuletzt den Staatsfinanzen die so notwendigen Steuereinnahmen zuzuführen.

Während nun durch den Preiskommissar eine Anordnung erging, daß außer dem Betrag der Steuerentlastung eine weitere Senkung des Bierpreises um 3 RM für Baden zu erfolgen habe, so daß die Senkung des Bierpreises insgesamt 10 RM beträgt, also der Auskantspreis für das 0,3-Liter-Glas Lagerbier 19 Pf. für Exportbier 23 Pf. betragen würde, erlangt durch die bad. Pressestelle eine Veröffentlichung, wonach der Auskantspreis für Baden einheitlich festgelegt war; und zwar für Lagerbier das 0,3-Liter-Glas auf 18 bis 20 Pf., Exportbier auf 24 Pf., weiter kommt ein Verleumdung mit besonderem Aufwand auf Antrag der Besitzer von den Besitzern ein weiterer Aufschlag um 1 Pf. für das Glas zugefallen werden. Auch sollten die entsprechenden Preisveränderungen in den Gaststätten sichtbar ausgeführt werden.

Gegen diese Anordnung protestierte der bad. Gastwirtsverband mit dem Erfolge, daß vorliegende Bekanntmachung der bad. Pressestelle nicht zur Durchführung kam, und daher heute das 0,3-Liter-Glas 25 Pf. ohne Bedienung bezahlt werden muß.

Auf den Teil der Karlsruher Gaststätteninhaber der bereits sich schon auf 24 Pf. festgelegt hatte, wurde ein gelinder Druck ausgeübt, allerdings nicht von (Brauereiseite) den Auskantspreis ebenfalls wieder zu erhöhen.

Ein Grund für ein derartiges Verhalten liegt aber durchaus nicht vor, sondern lediglich Profitinteresse, man möchte annehmend auch beim Abbau der Biersteuer seinen extra Gewinn dabei heraus schlagen, wie dieses bei Erhöhung in ausgiebiger Weise geschehen ist, hat man doch immer so aufgerundet, daß bis zum Jahre 1931 eine Erhöhung des Spontankonjums bis zu 8 RM für die Gastwirte herausgekommen ist.

Das dadurch der Zweck der Steuerentlastung nicht erreicht werden kann, sollte auch der badischen Regierung klar sein. Es wäre nun ein Akt der Gerechtigkeit, wenn bei der Preisentlastung von diesen 8 RM ein Ausgleich zu Gunsten der Konsumenten geschaffen würde. Die Arbeiterklasse steht mit ihrem Einkommen durch Lohnabbau und Kurzarbeit unter dem Stand vom Jahre 1925, damals

Gewerkschafter! Euch geht es an!

Tragt die neue Wirtschaftsgesinnung in die Massen!

Lest

KURT MENDELSON

Kapitalistisches Wirtschafts-Chaos

Sozialistische Planwirtschaft

67 Seiten, kartoniert 75 Pf.

Volksfreund-Buchhandlung
Waldstraße 28 Fernruf 7020/21

betrug der Spontankonjums für den Sektolter Bier 23 RM, würden heute die Auskantspreise auf 20 Pf. für Lager und 24 Pf. für Export das 0,3-Liter-Glas festgelegt, so würde der Spontankonjums immer noch über 30 RM pro Sektolter betragen. Warum findet die Regierung nur den Mut beim Lohnabbau Anordnungen zu treffen, wohingegen beim Abbau der Preise und wenn die Sache so klar liegt wie beim Bier, so viel Rücksicht genommen wird.

Während auch in verschiedenen Städten Badens die Wirte von sich aus die Auskantspreise auf einen annehmbaren Satz herabgesetzt haben, versucht man an anderen Orten den heillosigen Spontankonjums pro Sektolter von 17 Prozent auf 19 Prozent zu erhöhen. Es ist daher höchste Zeit, daß von Seiten der badischen Regierung mindestens die Veröffentlichung der bad. Pressestelle vom 6. April 1932 in die Tat umzusetzen wird. Weiter ist es aber auch durchaus keine unbillige Zumutung an die Wirte, wenn sie ihre Auskantspreise auf den Stand von 1927 zurückzuführen, zumal sie heute den Sektolter Bier noch um 35 Pf. billiger von der Brauerei geliefert erhalten, als im Jahre 1927, es bleibt ihnen dann immer noch ein Spontankonjums pro Sektolter am Lagerbier von 63,3 Prozent am Exportbier ein solcher von 74,6 Prozent.

Was in den Orten Freiburg, Ettlingen, Gaggenau sowie der uns anzureisenden Pfalz durch freie Vereinbarungen getroffen werden konnte und möglich war, mußte unter allen Umständen auch für das übrige Land Baden durchzuführen möglich sein.

Die Konsumenten haben mehr als genug Enttäuschungen während des Preisabbaues erlebt, möge nun die Regierung dafür sorgen, daß in der so klar gelagerten Frage des Bierpreises nicht noch eine weitere Enttäuschung hinzukommt. Die Konsumenten verlangen daher mit Recht die Festlegung der Auskantspreise sowie das Aushängen der Preislisten in den Lokalen durch Anordnung der Regierung.

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Mittelbadens.

Gewerkschaftliches aus dem Albtal

Vom Vorsitzenden der Filiale Ettlingen des Deutschen Textilarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Die in der Nummer 95 des Bad. Volksfreund angeführte und wegen Raummanuel zurückgestellte Berichtigung des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Jol. Keiser aus Ehenrot zu meinen Ausführungen über den Verlauf der Gewerkschaftsversammlung in Neustadt liegt nun vor mir. Es ist alles andere, nur keine Berichtigung.

Ich habe in meinen Ausführungen im Volksfreund, Nr. 94, lediglich den Verlauf der Versammlung geschildert und auf die Gefahren hingewiesen, die das Verhalten einiger Disziplinäre nach sich ziehen muß. Dies erachtete ich vom Standpunkt der Gewerkschaften als meine Pflicht, weil es in tristem Widerspruch steht zu unserer Lohn- und Tarifpolitik und weil ich die Arbeiterklasse davon warnen wollte, ihren Berufsfolger in den Rücken zu fallen.

Wenn nun der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Keiser in seinem Artikel mit seinem Wort auf meine Ausführungen eingibt und es anstatt dessen vorzieht, mich mit der Dreifachleber zu bearbeiten, so ist das tief bedauerlich. Das Bedauerlichste ist, daß sich hinter dieser Machination der Schatten eines Dritten verbirgt. Ich muß das um so mehr annehmen, weil ich weiß, daß das Gebirgsmals dieses übermäßig gemordenen „Führers“ nicht ausreicht, auch nur etwas derartig Minderwertiges zu produzieren, obwohl er, zwar nicht die Führerschule in Bernau, sondern die in Königswinter absolviert hat.

Auf seine Bemerkung, ich hätte nach Meisterposten und gewerkschaftlichem Nebenverdienst geschickt, muß ich ihm folgendes antworten: Wenn man mir unter gewissen Bedingungen einen Meisterposten angetragen hat, so ist das der sicherste Beweis dafür, daß man mich als Vertreter der Arbeiterklasse stets auf dem Posten fand und wenn ich bei der diesjährigen Generalversammlung unseres Verbandes mit überwältigender Mehrheit zum Vorsitzenden der Filiale wiedergewählt wurde, so zeigt auch dies, daß ich das Vertrauen unserer Mitglieder genieße, weil ich auch hier meine Pflicht erfüllt habe. Ist man von jener Seite etwa neidisch, weil sich einem selbst noch nie die Gelegenheit bot und wahrscheinlich auch nie bieten wird?

Was unsere Mitgliederbewegung anbelangt, kann ich ihm versichern, daß sich gerade hier in unserer Ortsgruppe seit Anfang meiner Tätigkeit die Zahl der Mitglieder genau verdoppelt hat. Darin wird wohl auch der tiefere Grund liegen, daß man verläßt, mich unmöglich zu machen.

Mit diesen Feststellungen dürften wohl die hiesigen Behauptungen dieses Prominenten in sich zusammenfallen, da sie jeder Wahrheitsgrundlage entbehren und infame Lügen sind. Im übrigen auf die Anwürfe und Anschuldigungen einzugehen, halte ich heute für überflüssig und muß es für die Zukunft ablehnen, mich mit solchen Menschen auseinanderzusetzen.

Aus aller Welt

Frei-Hirsch-Operette in Deutschland

Hollands deutsche Operettenbühne, die nach ihrem Leiter genannte Frei-Hirsch-Operette, wird Ende dieses Monats Holland verlassen, um in einer Reihe großer Städte Deutschlands und Oesterreichs Gastvorstellungen mit der neuen Robert-Stolz-Operette „Wenn die kleinen Mädchen blühen“, mit der sie in den in Holland abgehaltene Premiervorstellungen große Erfolge erzielte, zu geben.

123 000 M unterschlagen

D3. Stuttgart, 27. April. Bei der Ministerialabteilung für Strafen und Wasserbau kamen vom Mai 1924 bis Mai 1926 schwere Verfehlungen vor, die jetzt Gegenstand einer Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht waren. In nur 2 Jahren konnte der jetzt 57 Jahre alte Rechnungsrat a. D. Karl Wille von Stuttgart aus der von ihm geführten Kasse 123 000 M für seine Privatwende entnehmen, ohne daß von der Rechnungskammer eine Beanstandung bei den Revisionen erfolgte. Der Angeklagte bediente sich zur Verheimlichung seiner verbotenen Kasseneinträge teilweise besonders raffinierte Fälschungen und sonstigen Fälschungen, darunter auch der Unterschrift des Präsidenten Gutina. Trotzdem wird man aber sagen können, daß bei gründlicher Nachprüfung Aufdeckung hätte erfolgen müssen, da die Fälschungen teilweise sehr plump waren, so daß der Vorsitzende des Gerichts von einem Wunder sprach, daß die Fälschungen nicht entdeckt wurden. Die Unterschleife kamen aber erst durch die vor etwa einem Jahre eingeführte neue Staatskassenordnung auf. — Der im Jahre 1927 pensionierte Angeklagte war nach seiner Zurückkehrung auch einige Zeit Geschäftsführer der kath. Siedlungsgemeinschaft „Familienheim“. Seine frühere moralische Atmosphäre beherzichte ihn auch in seiner neuen Stellung, nur hatten seine Veruntreuungen diesmal nicht den unbescholtenen Amtmann angenommen wie bei seiner Tätigkeit auf der Ministerialabteilung. Sie beliefen sich auf etwa 25 000 M und wurden im Oktober 1930 mit 1 1/2 Jahren Gefängnis geahndet, die der Angeklagte z. H. verbüßt. Den Anlaß zu den Verfehlungen gab der Wunsch des Angeklagten nach einem Eigenheim für seine 12köpfige Familie. Sehr schnell gewährt er sich aber ein reichlich gutes Leben. Zuletzt wurden geradezu Unsummen zum Fenster hinausgeworfen. Unter Anrechnung der bereits gegen ihn ausgesprochenen Gefängnisstrafe wurde der im vollen Umfang geständige Angeklagte nunmehr zu der Gesamtstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten sowie zu 5 Jahren Ehrverlust und zu der Geldstrafe von 200 M verurteilt.

Russische Spionage im Oberelsaß

W.B. Paris, 27. April. Wie das berichtet, hat die Polizei am Montag unweit der Schweizer Grenze in St. Ludwig im Departement Oberelsaß einen etwa 35jährigen Mann festgenommen, der unter dem Verdacht stehen soll, Spionage für Rußland betrieben zu haben. Der Verdächtige, dessen Identität noch nicht einmündig festgestellt sein soll, hat — der das Nachrichten zufolge — angegeben, Henri Bercalano zu heißen und von Beruf Maurer zu sein. Bei seiner Verhaftung fand man in seinem Besitz bolschewistische Propagandaabdrucke, chiffrierte Dokumente, Fragebogen über die nationale Verteidigung und einen Betrag von 600 000 Franken in Dollar. Er wurde nach Paris überführt und der Untersuchungsrichter soll bereits gegen ihn Antrag wegen Spionage erhoben haben.

247 Rezepte Viele praktische Winke gratis! Für jede Hausfrau das Sanella Kochbuch

Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio



SCHREIBEN SIE AN: MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABT. KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24

Der „agrarpolitische Apparat“ der bad. Nationalsozialisten

Auffeherregende Mitteilungen des Innenministeriums

Auf eine Anfrage des Zentrums über den „agrarpolitischen Apparat der Nationalsozialisten“ wurde am Dienstag, wie bereits gemeldet, im badischen Landtag durch Oberregierungsrat Dr. Schäfers die Antwort des Ministeriums des Innern zur Verlesung gebracht. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die förmliche Anfrage der Abg. Dr. Föhr u. Gen. vom 1. März 1933 über den agrarpolitischen Apparat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Baden (Landtagsdrucksache Nr. 88) wird, wie folgt beantwortet:

Die Landwirte sollen die Ernte zurückbehalten

Der agrarpolitische Apparat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist erstmals den Behörden und der Öffentlichkeit bekannt geworden in Verbindung mit der Aufhebung der belandeten Vogheimer Dokumente im Herbst 1931 in Hessen. Unter den bei dem Verfasser des Vorbeimer Hofes, Dr. Wagner, landwirtschaftlicher Gaufachberater der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für Hessen, beschlagnahmten Schriftstücken befanden sich auch Schreiben des Dipl.-Landwirts Walter Pleisch-Karlsruhe, die er in seiner Eigenschaft als landwirtschaftlicher Gaufachberater der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für Baden verfaßt und zum Zweck gebracht hatte. Von besonderem politischem Interesse war ein Sonderrundschreiben des Pleisch vom 29. Juli 1931 an seine Mitarbeiter im Lande Baden, das am 5. Februar 1932 dieses Schreiben von der Pressestelle beim Staatsministerium im Wortlaut veröffentlicht. Der Inhalt enthält Anweisungen des Pleisch an seine Mitarbeiter, dringend darauf hinzuwirken, daß die Landwirte die Ernte zurückbehalten sollen („wer die Ernährung des Volkes beherrscht, beherrscht das Volk“), die Zwangsversteigerungen jeglicher Art zu sabotieren, um „dem sterbenden System nicht das Leben zu verlängern“, und für Finanzamtsschulden sofort Steuerstundungsgesuche einzureichen. Da in diesen Anweisungen eine scharfe Forderung der staatlichen und der öffentlichen Sicherheit erblickt werden mußte, wurden Anfang Februar bei Pleisch und seinen Vertrauensleuten im Lande politische Hausdurchsuchungen vorgenommen; der gesamte Schriftwechsel seit Einführung des agrarpolitischen Apparats in Baden wurde sichergestellt. Die Polizeidirektion Karlsruhe hat die einschlägigen Druckschriften auf Grund der Bestimmungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen polizeilich beschlagnahmt und eingezogen.

Aufbau und Ziele des agrarpolitischen Apparates der NSDAP.

Dem Schriftwechsel des landwirtschaftlichen Gaufachberaters der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Baden, Pleisch-Karlsruhe, können folgende Feststellungen über die Einrichtung, den Aufbau, die Aufgaben und Ziele, die Kampfmethoden und Arbeitsmethoden und über die bekämpften Gegner des agrarpolitischen Apparats in Baden entnommen werden:

Der Organisationsabteilung II der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in München (Leitung: Oberst a. D. Dierl) ist eine „Abteilung Landwirtschaft“ angegliedert, die von dem Dipl.-Landwirt A. Walter Darré verwaltet wird. Diesem Reichsleiter des agrarpolitischen Apparats (abgekürzt a. A.), der nach außen hin als Reichsfachberater für Landwirtschaft auftritt, ist in jedem politischen Gau ein Vertrauensmann unterstellt, der „landwirtschaftlicher Gaufachberater“ genannt wird. Diesem Gaufachberater sind entsprechend dem organisatorischen Aufbau der politischen Leitung landwirtschaftliche Vertrauensleute untergeordnet. Der Vertrauensmann, der den agrarpolitischen Apparat bildet, ist also eng begrenzt und zahlenmäßig klein, so daß er in der Hand des Leiters ein gut übersehbares und leicht zu leitendes Instrument darstellt für die Wahl der Mitglieder des a. A. sind folgende Anforderungen gestellt:

Der Fachberater „soll am besten praktischer Landwirt sein, bekannt sein als guter Bauer, das größte Vertrauen bei seinen Mitbauern genießen und ein bewährter Kämpfer im Sinne des Führers sein.“ Bei der Wahl soll größte Vorsicht herrschen und es soll scharf geprüft werden, ob der Kandidat auch volle Gewähr für die von ihm erwarteten Leistungen bieten könne, denn der a. A. sei eine Kampforganisation und fordere von jedem reiflichen Einsatz. „Um das Eindringen unsicherer Elemente in den a. A. zu verhüten“, wurde durch eine vertrauliche Anweisung der Reichsleitung, die nur bis zu den Vertrauensfachberatern ging, im Herbst 1931 der a. A. weiter dergestalt, so daß er sich von diesem Zeitpunkt an nur von „unbedingt zuverlässigen“ Vertrauensleuten mit Ortsgruppenfachberatern als unterster Grenze zusammensetzte.

In Baden wurde der a. A. im Dezember 1930 von dem Gaufachberater Pleisch-Karlsruhe aufgezogen. In einem streng vertraulichen Rundschreiben vom 14. Dezember 1931 machte Pleisch den politischen Vertrauensleuten die Mitteilung, daß er auf Anordnung der Reichsleitung als landwirtschaftlicher Fachberater der Gauleitung Baden beigegeben worden sei mit Verantwortung gegenüber der Reichsleitung und der Gauleitung. Unter seiner Führung solle eine Organisation geschaffen werden, die gleich einem engmaschigen Netz das ganze Land umspanne, so daß auch der letzte Bauer erfährt werden könne. Die Vertrauensleute sollen ungehäumt landwirtschaftliche Fachberater ernennen, die sich als eine Art von „Kuge und Öhr der Reichsleitung“ fühlen sollen und die nach den grundlegenden Richtlinien Darrés neben der Wahrnehmung von bäuerlichen Standesinteressen auf folgenden Gebieten tätig werden müßten:

Siehe nichtnationalsozialistische Organisation eine zu erwerbende Festung

„Eine wichtige Aufgabe entzieht jedem Fachberater dadurch, daß er unbedingt jede nichtnationalsozialistische landwirtschaftliche Organisation, gleichgültig welcher Art, als eine zu erwerbende Festung betrachten muß, so daß sie eines Tages als nationalsozialistisches Gebilde dasteht. Jeder Fachberater muß sich in seinem politischen Arbeitsgebiet die diesbezügliche Lage klarmachen und sich über Angriffsmittel und Angriffsmethoden klar werden. Er hat seinem zuständigen Gaufachberater seinen Plan darzulegen und letzterer hat dann die Aufgabe, im einheitlichen Zusammenwirken aller Fachberater seines Gauces und gegebenen-

falls mit Unterstützung des landwirtschaftlichen Referenten bei der Reichsleitung und der Reichsorgane die Erörterung anzufangen und durchzuführen.

Jeder Fachberater muß sich als einen Verführer des Nationalsozialismus betrachten, dem die ganz besondere und ehrenvolle Aufgabe zugefallen ist, die landwirtschaftliche Bevölkerung seines politischen Arbeitsgebietes mit dem Geist des Nationalsozialismus vertraut zu machen, ja sie so mit diesem Geiste zu durchdringen, daß sie aus freiwilliger Hingabe zum Nationalsozialismus die zuverlässigste Kerntruppe in der Volksgemeinschaft Adolf Hitlers wird. Denn die entscheidenden Stunden der Geschichte hat noch immer der Bauer, Landwirt und Landarbeiter entschieden.“

Agitation Hauptsache, landwirtschaftliche Interessen Nebensache!

Die Tätigkeit soll sich also mehr auf das agrarpolitische Gebiet erstrecken; das landwirtschaftliche soll mehr in den Hintergrund treten (Abg. v. d. Forst). Während der Gaufachberater, dessen Anordnungen die unterstellten Vertrauensleute unbedingt befolgen zu lassen hätten, der Öffentlichkeit bekannt sein sollte, dürfe dies bei den untergeordneten Mitgliedern des agrarpolitischen Apparats nicht der Fall sein, denn: „Je heimlicher und unbekannter wir arbeiten können, desto ungezügelter sind wir und desto größer wird die Überraschung und damit auch unser Erfolg sein.“ (Vertrauliches Rundschreiben des Pleisch vom Januar 1931.) Pleisch legte von Anfang an großen Wert darauf, daß der Aufbau seiner Organisation der Öffentlichkeit gegenüber geheim gehalten werde; es muß bemerkt werden, daß unsere Gegner die Struktur kennenlernten und Störungen im Betriebe hervorgerufen hätten.

Entsprechend diesen Anweisungen des Pleisch ist dann mit Unterstützung der politischen Leitung der agrarpolitische Apparat in Baden in den ersten Monaten des Jahres 1931 organisiert worden. In jedem Amtsbezirk wurde ein Fachberater ernannt. Diese 40 Vertrauensfachberater haben dann weiter in den einzelnen Ortsgruppen Vertrauensleute bestellt. Unter Beobachtung größter Vorsicht mußte die Ernennung der örtlichen Vertrauensleute so erfolgen, daß der Berufung der Vertrauensleute kein Anlaß für die Reichsleitung gegeben werden konnte und die Vertrauensleute sich in der Lage befinden konnten, sich in einem Parteiverbot zu bewegen.

„Ihre Anweisung hat Sie uns als landwirtschaftlichen Vertrauensfachberater in Ihrem Bezirk genannt. Ich bitte Sie, hinter den unten angeführten Fragen eine kurze Antwort zu schreiben und dann dieses Schreiben sofort in den beigegebenen freigelegten Umschlag zu stecken und an mich abzugeben.“

Frage 1: Ist Ihnen bekannt, daß Sie landwirtschaftlicher Vertrauensfachberater sind?

Frage 2: Ist Ihnen der Name des landwirtschaftlichen Gaufachberaters in Ihrem Gau bekannt?

Frage 3: Wußten Sie bereits, daß der landwirtschaftliche Reichsleiter, Gaufachberater Hg. A. Walter Darré heißt?

Frage 4: Haben Sie von Ihrem landwirtschaftlichen Gaufachberater schon irgendwelche dienstlichen Anweisungen erhalten?

Frage 5: Kennen Sie Ihren landwirtschaftlichen Gaufachberater persönlich?

Frage 6: Sind Sie über den agrarpolitischen Apparat der Partei unterrichtet?

Frage 7: Haben Sie besondere Fragen zu stellen? (Zwischenrufe des Abg. M. r.).

Aber die allgemeinen Aufgaben des agrarpolitischen Apparats ist dem Rundschreiben des Pleisch folgendes zu entnehmen:

Die Bauernschaft solle aus der bisher beobachteten Gleichgültigkeit herausgeholt und einem Aktivismus zugeführt werden. Der Bauer müsse mehr denn je auf den Plan treten und zeigen, daß er nicht gewillt sei, weiter mit sich machen zu lassen, was man wolle; er müsse entschlossen sein, seinen Schicksal selbst zu meistern und den geraden Weg zu gehen bis zur Erreichung des Zieles, nämlich die Befreiung des Volkes von inneren und äußeren Feinden. Die Aufrichtung des zu Boden getretenen Bauernstandes und die Errettung der deutschen Landwirtschaft (Rufus von den Nationalsozialisten) Staatsgefährdung — Aufschwung des Abg. v. d. Forst. In diesem Zweck müsse die Bauernschaft mit dem Ideen des Nationalsozialismus erfüllt und ganz für die nationalsozialistische Bewegung erfaßt werden. Es gelte, mit allen Mitteln den Staat zu erobern, um dieses Machtinstrument zum Wohl der nationalsozialistischen Idee anwenden zu können.

Um dieses politische Hochziel zu erreichen, lege Pleisch in seinen Anweisungen an die Mitarbeiter im agrarpolitischen Apparat ganz eingehend die Arbeitsmethoden und Kampfmethoden, das Verhältnis und die Zusammenarbeit mit den anderen nationalsozialistischen Organisationen und die Angriffspunkte und Gegner fest.

Bezüglich der Ausgestaltung und Verwendbarkeit des agrarpolitischen Apparats selbst wird immer wieder verlangt, daß die Organisation so aufgebaut und eingepflegt sein müsse, daß jeder weiß, was er zu tun habe, daß keine Lücke entstehe, wenn ein Verbot käme, daß trotzdem der Apparat weiterlaufe und die Fäden nicht abreißen. Die Aufgaben des agrarpolitischen Apparats würden mit dem Vordrängen der Zeit wachsen; Darré habe mitgeteilt, daß dem agrarpolitischen Apparat noch ganz gewaltige Aufgaben bevorstehen würden; sie könnten nur erfüllt werden, wenn der Apparat reiflos funktionierte. Bald würde die Zeit kommen, wo der agrarpolitische Apparat zeigen und beweisen müsse, ob er richtig eingerichtet sei; er müsse allen Überraschungen gewachsen sein; der alte Soldat wisse, daß im Kriege auch nicht alles von langer Hand hätte vorbereitet werden können. Der einzelne Mitarbeiter sei auf Geheiß und Verbot mit dem agrarpolitischen Apparat verbunden. Bei der Reichsleitung in München sei aber auch das größte Interesse und auch Fürsorge für den agrarpolitischen Apparat vorhanden. Wer von den Mitarbeitern die ihm auferlegte Pflicht nicht reiflos erfüllen könne, solle zurücktreten. Wichtig heißt es in dem Rundschreiben des Pleisch an die Vertrauensfachberater vom 24. Juli 1931:

„Wir dürfen als deutsche Bauern nicht hinter unseren Vorführer, die ebenfalls um ihr Heil und Erfolg gehen, zurückbleiben, zurückbleiben! Nehmen Sie sich Florian Geher, den Bauernführer, als Vorbild!“

Und weiter:

„Bereit sein ist alles! Sie müssen jetzt unbedingt daran gehen, Ihre Leute fest in die Hand zu bekommen, dauernden Zusammenhang mit ihnen haben und erst, ungeeignete landwirtschaftliche Vertrauensleute ersetzen. Wir müssen uns auf das Äußerste gefaßt machen. Sie müssen in der Lage sein, sollte ich durch irgend einen Umstand ausfallen, selbständig zu handeln. In den oft wiederholten Sprechstunden ist die beste Gelegenheit gegeben, die landwirtschaftlichen Vertrauensleute und auch die uns noch fernstehenden bäuerlichen Volksgenossen fest an sich zu fetten und auch zu halten. Es muß Ihnen gelingen, Ihren ganzen Bezirk auf einer einheitlichen Basis zusammenzuführen, eiserne Disziplin und blinden Gehorsam in die Reihen hineinzupflanzen.“

Es muß Ihnen gelingen, unsere Anhänger und Mitarbeiter zu fennen und dieselben sich zu sichern, damit Sie im gegebenen Augenblick auf sie zurückgreifen können.“

Um den agrarpolitischen Apparat voll arbeitsfähig und wirksam in dem geforderten Maße und Umfang zu machen, wird von Pleisch die Anwendung aller dienlichen Mittel gefordert.

„Wenn wir uns schon als Trägerin einer Befreiungsbewegung unseres Volkes ansehen, so haben wir auch die Pflicht, eben diese Befreiungsbewegung mit allen uns gebotenen Mitteln zu verteidigen und durchzuführen. Der Engländer hat hierfür ein gutes Wort: Redt oder Irret, es ist mein Vaterland. Was die Partei macht, ist immer richtig, und wenn es falsch ist, Wiesmayer brauchen wir keine und dürfen auch keine.“

Der politische Gegner — persönlicher Feind! Nichtnationalsozialistische Beamte werden fliegen

In dem Rundschreiben vom 8. August 1931 heißt es wörtlich:

„Es muß heute für jeden Bg. als Grundgesetz gelten, jeden als feinen Gegner zu betrachten, — nicht nur politischen Gegner, sondern persönlichen Feind — der noch gegen uns heßt und auch den, der uns noch gleichgültig gegenübersteht. Ganz besonders ist es den Führern irgendwelcher Berufsorganisationen gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß alle, die in ihrem Kampf gegen uns nicht nachlassen und strengste Neutralität üben, später nichts mehr dort zu suchen haben, wenn wir die Macht in die Hände bekommen. Man muß diesen Gegnern mit dem Hauptpfahl winkeln. Ob wir sie dann weiter im Auge lassen, braucht man ihnen nicht gerade unter die Nase zu reiben. Jedemfalls kann man sie über ihr Schicksal vorläufig einmal im Unklaren lassen. Es kann ruhig betont werden, daß wir auch tüchtige Leute übernehmen müssen und auch auf sie angewiesen sind. Doch müssen wir uns vorbehalten, wenn wir übernehmen wollen. Die Zeit ist jetzt vorbei, wo noch mit beherrschter Rücksichtnahme diesen Leuten gegenüber gearbeitet wurde und geübt werden mußte. Es geht heute um Sein oder Nichtsein, um das hat alle Weisheitslehre zu verschwinden und der kalten nüchternen Überlegung Platz zu machen.“

(Zurufe, insbesondere von der äußersten Linken — Abg. Wagner: Jawohl!).

Keine Rücksicht auf die Familie!

Handeln Sie immer im Hinblick auf unser Ziel mit aller Schärfe, Härte und Rücksichtslosigkeit — Rücksicht auf die Familie eines solchen Menschen darf nicht genommen werden — dann handeln Sie immer richtig.“

(Heftige Bewegung — Mehrfaches Glodenzischen des Präsidenten — Zwischenbemerkungen zwischen Abg. Seubert und Schmidt-Werten.)

Über die Arbeitsweise im agrarpolitischen Apparat im einzelnen wird von Pleisch angeordnet, daß die Vertrauensleute in besonderen Sprechstunden und Schulungsstunden über ihre Aufgaben unterrichtet werden sollen und um „die Gelegenheit zu haben, ganz vertrauliche Mitteilungen an den Mann zu bringen“. Jeder Vertrauensfachberater müsse seine Leute so in der Hand haben, daß er sie in der kürzesten Zeit zu sich heranziehen (Worte des Präsidenten).

I. Vizepräsident Reinbold: Ich bitte, doch die fortwährenden Zwischenrufe zu unterlassen und mich nicht zu zwingen, daß ich mit Ordnungsrufen eingreife.

Oberregierungsrat Dr. Schäfers (fortfahrend):

Geheim! Geheim!

Um das Einschleichen von Spionen in den agrarpolitischen Apparat zu verhindern und die Tätigkeitgebiete und die Arbeitsweise des agrarpolitischen Apparates möglichst geheim zu halten, sind für den Schriftverkehr eingehende Richtlinien zu lassen worden. Es wird angeordnet, bunte Umschläge nicht anzuhängen, so zu gestalten, daß er für den Augenblick nicht oder nur bedingt verständlich sei. Weiter wird zu größter Vorsicht bei Mitteilungen und bei der Aufzeichnung der parteiamtlichen Anweisungen gemacht.

„Es wird für die kommende Zeit notwendig sein, daß jeder Bg. sich die Möglichkeit erschließt, Nachrichten an die NSD. bzw. NSD. auf dem schnellsten Weg an den Mann zu bringen. Ebenso wird es sich als notwendig erweisen, einen vertrauenswürdigen Parteigenossen zur Mittelschleife heranzuziehen, Fahrrad und Motorrad bereitstellen lassen. Es muß so weit kommen, daß Nachrichten innerhalb weniger Stunden an den Mann gebracht werden können. Damit wäre schon ein Einpflanzen des agrarpolitischen Apparates gegeben, und ich bitte, in diesem Sinne jetzt in dem Bezirk zu arbeiten.“

(Zurufe des Abg. M. r.).

Nach außen müsse die Propaganda möglichst von Mund zu Mund durchgeführt werden. Eine persönliche Aussprache von Mann zu Mann habe noch immer den größten Erfolg gehabt. Ohne Aufsehen einer Versammlung sollen die einzelnen Fachberater und auch politische Fernsprecher zur Beschaffung politischer Fragen herbeigeholt werden.

„Eine solche Werbung geht ganz still und ruhig und ohne eine lange Anmeldung beim Bürgermeisterrat vor sich und zeitigt sehr oft größere Erfolge.“

Innige Beziehungen zu S.A. und S.S.

(Unruhe). Mit den übrigen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird enge Zusammenarbeit angeordnet. Insbesondere (Zurufe des Abg. v. d. Forst) mit den Verbänden der S.A. und der S.S. sollen die innigsten Beziehungen gepflogen werden. An den Tagungen der landwirtschaftlichen Fachberater sollen die S.A. und S.S.

Führer teilnehmen. Einzelne Dörfer sollen Katastrophen für die Stürme zur Bekämpfung mit Lebensmitteln usw. übernehmen, um eine dauernde Verbindung herzustellen (Zurufe aus der Nationalsozialistischen Fraktion — Auf Rufo von der äußersten Linken! Gegenruf des Abg. Mert: Gell, da kann man etwas lernen! — Rufo und Gegenruf zwischen den Abg. Sankel und Wagner — Ruf aus der Nationalsozialistischen Fraktion: Das ist schön und ...). Die Übernahme von Führerstellen in den beiden militärischen Organisationen wird angestrebt. Nährstand und Wehrstand seien auf das innigste verbunden und würden einander im kommenden Dritten Reich zur Voraussetzung haben. Im Rundschreiben vom 24. August 1931 weist Reich daraufhin, daß jeder Bauer, ob jung oder alt, in der S.A. sein solle.

„Das Alter darf kein Hindernisgrund sein. Gerade die älteren Parteigenossen, die doch zum großen Teil Soldat waren, sollen mit gutem Beispiel vorangehen und haben eigentlich die Pflicht, der heranwachsenden Generation Pflichterfüllung, Dienstauffassung, Treue und Kameradschaft vorzuleben.“

Wir wollen uns klar sein, daß wir noch froh sein werden, eine gute und starke S.A. zu haben. Wir werden sie noch brauchen können.“

Auch für die Hitlerjugend müsse geworden werden: „Der S.A.-Dienst beginnt ja erst vom 18. Lebensjahre an. Also sein mit der Jugend unter 18 Jahren in die Hitlerjugend.“

Der Spiegelapparat

Der so aufgebaute und instruierte agrarpolitische Apparat benötigt zur Bekämpfung seiner Gegner nach Meinung der Führer einen bedenkenlos und schnell arbeitenden Nachrichtenendienst. Der Reichsführer Darré hat am 12. Oktober 1931 seine Mitarbeiter, die sich als „Auge und Ohr der Reichsleitung“ fühlen sollen, mit folgender Anweisung versehen:

„Die Reichsleitung ist mehr denn je davon abhängig — so heißt es hier wörtlich —

„über alle Schritte der Gegner genau unterrichtet zu werden; insbesondere brauchen wir sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit verlässlichen Rundschreiben der Deutschnationalen, der Landvolkpartei, des Zentrums usw.“

Bewegung — Rufo: Hörl! Hörl! von mehreren Seiten — Abg. Köhler: Genau so wie Sie! — Rufo und Gegenruf zwischen den Abg. Dr. W. Müller und Köhler — Rufo: Spiegelpartei! — Ruf aus der Nationalsozialistischen Fraktion: Sie haben es uns ja vorgemacht!)

„Bitte, senden Sie uns sofort jedes derartige Ihnen oder Ihren Vorgesetzten in die Hände fallende gegnerische Rundschreiben sofort und unmittelfach zu.“

(Rufo — Lachen bei der Nationalsozialistischen Fraktion — Ruf des Abg. Köhler.)

Ein Bezirksfachberater gibt ein seine örtlichen Vertrauensleute kurze Zeit später folgende Mahnung weiter:

„Ich bekomme fortgesetzt vom Gau- und Reichsfachberater Anweisungen, die Schritte der Gegner zu überwachen, vertrauliche Rundschreiben derselben einzusehen usw. Ich erwarte nachmals einbringlich, daß Sie, falls Ihnen solche in die Hände kommen, diese mir unverzüglich zu senden.“

Es ist verständlich, daß der gleiche Bezirksfachberater die Anweisung gibt:

„Ihre Tätigkeit ist streng vertraulich. Die Öffentlichkeit darf von Ihrer Arbeit nichts gemahnt werden.“

Der Hauptgegner ist der Staat

Der Hauptgegner, den der agrarpolitische Apparat zu bekämpfen hat, ist der Staat (Unterrichtsminister Dr. Baumgartner: Der Staat? — Zwischenbemerkung von Innenminister Maier — Zurufe: Hörl! Hörl!).

Jedes Mittel ist recht

Der Staat muß mit allen Mitteln erobert werden: so lautet die erste Forderung. Bei der ungeheuerlichen Wichtigkeit dieses Machtmittel in die Hand zu bekommen, sei jedes Mittel recht (Hörl! Hörl!). In einer Stelle heißt es:

(Erneute Bemerkungen vom Regierungssitz.)

„Wir können mit demselben Recht unserer politischen Führung den Vorwurf der Ineffizienz machen, die ja auch, obwohl wir diesen parlamentarischen, demokratischen Staat gestiftet haben, doch unsere Vertreter hinein-schickt.“

Sabotierung der Winterhilfe!

Sogar die öffentlichen Winterhilfsaktionen werden in Verfolgung dieser Bestrebungen zu sabotieren versucht (Hörl! Hörl! beim Zentrum — Zurufe der Abg. Dr. Rehsbach, Seubert und Honikel). Entsprechend der Einstellung der politischen Leitung, die im vergangenen Herbst die Beteiligung an den kommunalen Rotgemeinschaften grundsätzlich verboten hat, wird vom Leiter des agrarpolitischen Apparates Ende Oktober angeordnet, für die nationalsozialistischen Winterhilfen reichlich zu spenden, und zwar:

„baldig, ehe die staatlichen Sammlungen kommen“.

(Rechtlose Bewegung — Rufo aus der Nationalsozialistischen Fraktion: Ihr schließt uns ja unsere Küchen! Ihr braucht nicht vom Christentum zu reden!)

„Wir wollen nicht haben daß andere hungern; aber zuerst kommen unsere eigenen Parteigenossen, die mit uns kämpfen und von den anderen verfolgt werden.“

(Rechtlose Erregung — Zurufe und Gegenrufe zwischen Zentrum und Nationalsozialistischer Fraktion, u. a.: Wir sorgen für unsere Leute! Wer hat unsere Parteigenossen geschloßen?)

„Wir Nationalsozialisten sind doch vogelfrei; deshalb brauchen wir auch nicht für andere, die uns anpeien, Sorge zu tragen.“

(Fortdauernde Bewegung — Mehrfaches Glodensingen.)

Sabotage der Zwangsversteigerungen

Erster aufzufallen ist die im Rundschreiben des Reich vom 29. Juli 1931 angeordnete Sabotage der Zwangsversteigerungen jeglicher Art, um nicht „dem sterbenden System mit diesen Geldern noch das Leben zu verlängern“. Am 19. Oktober weist Reich seine Bezirksfachberater an:

„Merken Sie sich alle Zwangsversteigerungen, notieren Sie sich auf und merken Sie vor allen Dingen die Steigerer. Wir wollen einmal später, wenn wir die Macht haben, darauf zurückkommen.“

(Rufo: Hörl! Hörl! — Abg. Köhler: Das hat Hitler und das haben wir immer erklärt, daß er jeden, der anderen etwas wegheißt, aufhängt!)

„Lassen Sie immer wieder einmal durchblicken, daß wenn wir die Macht im Staate erlangt haben, wir auf Grund unseres Programmes alles zu Unrecht erwerbende Eigentum bzw. Besitz enteignen werden. Es dürfte ein Mittel sein, solche Steigerer fernzuhalten.“

L. Vizepräsident Reinhold:

(Auf Rufo aus dem Hause!) Ich bin Präsident und weiß schon, wie ich es zu halten habe.

Oberregierungsrat Dr. Schühli (fortfahrend):

„Ebenso kann der moralische Wert dieser Leute nur deutlich sein.“

Die Bemühungen des agrarpolitischen Apparates auf diesem Gebiete erhellte weiter aus der Tatsache, daß zu Beginn des Jahres 1932 die juristischen Sachbearbeiter von der Reichsleitung angewiesen wurden, bei Anträgen auf Aussetzung der Zwangsversteigerung die Parteigenossen kostenlos zu beraten und zu vertreten. Die Bezirksfachberater wurden von Reich (Zurufe von den Abg. Wagner und Roth) hierauf aufmerksam gemacht, mit dem Auftrag, dies möglichst bald im agrarpolitischen Apparat bekanntzumachen.

Propagierung des Steuerstreiks

Die Merkmale einer staatsfeindlichen Verbindung erhält der agrarpolitische Apparat durch die von ihm in Form der Propagierung von Steuerungsmaßnahmen betriebene Propagierung des Steuerstreiks. Das Rundschreiben vom 29. Juli enthält bereits deutliche Hinweise. In dem mit dem Vermerk „wichtig!“ versehenen Rundschreiben vom 8. August wird ausgeführt:

„Es wäre darauf aufmerksam zu machen, daß das Sonder Rundschreiben vom 29. Juli, 8. Biff. 3 wegen vertraulich zu behandeln ist. Kommt es in falsche Hände, so dürfte nichts erreicht werden. Ein Erfolg ist bereits im Hinterland zu verzeichnen.“

Das soll aber nicht heißen, daß darüber geschwiegen werden soll, sondern im Gegenteil muß in der Propaganda von Mund zu Mund immer wieder davon Gebrauch gemacht werden.“

Endlich werden von Reich dem Rundschreiben vom 19. Oktober Steuerungsformulare in größerer Zahl beigelegt mit der Bitte, das Muster in Umlauf zu setzen bzw. zur Verfügung zu stellen, wo es gebraucht werde. Auf dem Muster selbst lautet der Schlußsatz der Gebrauchsanweisung:

„Ich bitte, regen Gebrauch zu machen, und hoffe auf einen guten Erfolg.“

Das von Reich den Bezirksfachberatern übermittelte Formular hat folgenden Wortlaut:

Gesuch des Landwirts Karl Huber in Altenheim um Erteilung und Nachschick der Gr. und Gewerbesteuer für das Jahr 1931.

Altenheim, den 1. Oktober 1931.

An das

Finanzamt

Offenburg.

Auf 13. Oktober d. J. habe ich an Gr. und Gewerbesteuer den Betrag von 45 M zu entrichten.

Meine augenblickliche wirtschaftliche und soziale Lage macht es mir unmöglich, meine Verpflichtung nachzukommen, und ich bitte das Finanzamt um Nachschick. Die langanhaltende Überschwemmung im Frühjahr, wodurch die Winterfaat zum Teil vernichtet wurde, die anhaltend schlechten Witterungsverhältnisse dieses Sommers mit hartem Hagelregen, verbunden mit einer dadurch verursachten Misere, hat meine an sich schon schlechte Lage noch weiter zu meinen Ungunsten verschoben, so daß es mir nicht mehr möglich ist, die unvermeidlichen, laufenden Ausgaben für meine Familie und meinen Betrieb zu bestreiten, wie ich auch nicht instande bin, die fälligen Handwerkerrechnungen zu bezahlen.

Trotz 15tägiger, täglicher, angestrengter Arbeit ist bei den heutigen schlechten Abgabeverhältnissen und niedrigen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, besonders für den bei uns gebauten Hopfen, mit einer Entlohnung nachzukommen, und ich bitte das Finanzamt um Nachschick. Die langanhaltende Überschwemmung im Frühjahr, wodurch die Winterfaat zum Teil vernichtet wurde, die anhaltend schlechten Witterungsverhältnisse dieses Sommers mit hartem Hagelregen, verbunden mit einer dadurch verursachten Misere, hat meine an sich schon schlechte Lage noch weiter zu meinen Ungunsten verschoben, so daß es mir nicht mehr möglich ist, die unvermeidlichen, laufenden Ausgaben für meine Familie und meinen Betrieb zu bestreiten, wie ich auch nicht instande bin, die fälligen Handwerkerrechnungen zu bezahlen.

Trotz 15tägiger, täglicher, angestrengter Arbeit ist bei den heutigen schlechten Abgabeverhältnissen und niedrigen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, besonders für den bei uns gebauten Hopfen, mit einer Entlohnung nachzukommen, und ich bitte das Finanzamt um Nachschick. Die langanhaltende Überschwemmung im Frühjahr, wodurch die Winterfaat zum Teil vernichtet wurde, die anhaltend schlechten Witterungsverhältnisse dieses Sommers mit hartem Hagelregen, verbunden mit einer dadurch verursachten Misere, hat meine an sich schon schlechte Lage noch weiter zu meinen Ungunsten verschoben, so daß es mir nicht mehr möglich ist, die unvermeidlichen, laufenden Ausgaben für meine Familie und meinen Betrieb zu bestreiten, wie ich auch nicht instande bin, die fälligen Handwerkerrechnungen zu bezahlen.

Dazu kommt noch Krankheit in der Familie und, da ein Unglück selten allein kommt, ging mir auch noch ein Pferd ein, wodurch ich gezwungen bin, um meinen Betrieb aufrechtzuerhalten, einen Kredit aufzunehmen zu müssen, um ein Pferd kaufen zu können.

Die Zinsen für meine Schulden muß ich leider schon länger schuldig bleiben, und ich laufe Gefahr, daß meine Gläubiger zur Zwangsversteigerung schreiten.

Mit Rücksicht auf diese besonderen Verhältnisse bitte ich das Finanzamt, mir den Betrag von 45 M aus Billigkeitsgründen zu erlassen. Bis zur endgültigen Entscheidung erbitte ich gütige Stundung meiner Steuerschuld.

Hochachtungsvoll

(gez.) Karl Huber, Landwirt.

Wie die Bemühungen des Reich im Lande bestanden wurden, zeigt ein Befehl des Reichs Sturmführers von Billingen, der anordnete:

„Es ist darauf hinzuweisen, daß von jedem Bauer, der Finanzschulden hat, und das werden die meisten haben, ein Stundungsgesuch eingereicht wird. Der Staat braucht dringend Geld, was man daraus entnehmen kann, daß derselbe 120 Proz. Verzugszinsen verlangt, d. h. für jeden angefangenen Monat 5 Proz.“

Wie schnell man im agrarpolitischen Apparat mit diesen Methoden den Staat zu Fall zu bringen hoffte, zeigt das Rundschreiben des Reich vom 27. Oktober, in dem die Wichtigkeit erörtert wird, daß es am 8. November oder zu einem späteren Zeitpunkt zur Reichstagswahl kommen werde; er meint, es sei jedenfalls die letzte Reichstagswahl im Sinne des heutigen Systems, sofern überhaupt noch solche stattfinden sollten.

Aushöhlung der Staatsautorität durch den a. V.

Wie bedenkenlos und systematisch vom agrarpolitischen Apparat zur Unterminierung der Staatsautorität und zum besten der Parteigaitigkeit auf dem Lande Unruhe erzeugt und die öffentliche Sicherheit gefährdet wurde, zeigen folgende Anweisungen des Reich über die kommunistische Tätigkeit und Propaganda:

Im Rundschreiben vom 8. August:

„Der Kommunismus strebt mit aller Kraft und allen Mitteln zur Machtübernahme hin. Um den Boden vorzubereiten, d. h. das Volk misde zu machen, betätigt sich die KPD. zeitlich in kleineren Unternehmungen, Attentate auf Verkehrsmitel, Überfälle auf Personen und in letzter Zeit durch Anzünden von gefüllten Scheunen (Hörl! Hörl! bei den Kommunisten), um auf diese Weise eine Unruhe in das Volk zu verbreiten. Die KPD ist ein Feind unserer Sache und wir sind verpflichtet, ihr ein so weit wie möglich zu tun.“

(Abg. Dr. Böhr: Legalität!). Denn an einen Widerstand dürfte unter solchen Umständen nicht mehr zu denken sein.“

Und im Rundschreiben vom 18. Oktober:

„Gewisse Vorgänge, wie plötzliche Brände von gefüllten Scheunen, Ställen usw., die nacheinander und auch oft zu gleicher Zeit auftreten, gehen ziemlich eindeutig, daß die KPD. nach klaren Anweisungen und nach einheitlichem Plane arbeitet. Es soll nicht nur Beuntuhigung erreicht werden, sondern dabei auch unsere Ernte geschädigt werden, um einen wirklichen Hungerwinter, der sich im kommenden Winter offenbart, zu verschärfen, damit das Volk zum Bolschewismus in diesem Winter reif wird. Ich bitte Sie, bei solchen Bränden scharf zu beobachten, ob ein solcher Fall von Brandstiftung vorliegt, und Meldung zu erstatten. Weiter sollen scheinbar diese plötzlichen Brände die Bauern von unserer Aufklärungsarbeit fern halten. Namentlich die etwas abseits gelegenen Bauernhofbesitzer werden sich natürlich nicht mehr von ihrem Hof entfernen. Der Staat tut nichts. Da muß die Selbsthilfe einsehen. Dies kann erlitten durch eine Flugblattpropaganda, zweitens durch S.A. oder S.S.-Schutz, oder aber durch die persönliche Aufklärung des zuständigen Wf. bzw. Wf. bei den einzelnen Bauern erreicht werden. Ich bitte die Herren Wf., sich der Mühe des Aufsuchens der Einzelhöfe zu unterziehen und ihren Wf. zur Auflage machen, das gleiche zu tun.“

Wir dürfen uns durch solche Mittel nicht unsere Aufklärungsarbeit lahmlegen lassen. Die Reichsleitung hat sich bereit erklärt, Flugblätter auszugeben, und ich werde auf Anforderung der einzelnen Wf. solche beschaffen.“

Tatsächlich ist nicht ein Fall der Brandstiftung festgestellt worden, der auf kommunistische Treiberei zurückzuführen wäre. Und tatsächlich hat der badische Staat durch Bereitstellung von besonderen Brandbändern und Einrichtung bereiteter Gendarmereistreifen alles getan, um der Brandstiftung auf dem Lande, die andere Ursachen hat, entgegenzuwirken.

Die Bekämpfung der gegnerischen Organisationen gegen den badischen Bauernverein

Für die Bekämpfung der gegnerischen Organisationen hat Reich von Anfang an folgende Taktik angeordnet:

„Eindringen in bestehende Organisationen, wie Genossenschaften aller Art, Bauernvereine, auch rein örtliche Vereine, wie Metzervereine u. dgl., um durch Verbergung von Mitgliedern alle diese Gebilde von innen heraus aufzurollern, damit dieselben früher oder später für unsere Weltanschauung dienstbar gemacht werden können. Besonders den Oberländern möchte ich den verachteten „Schwarzen“ Freiburger Bauernverein warm ans Herz legen, da derselbe scheinbar die Pflicht hat, die badische Bauernschaft erneut mit seinem Segen zu beglücken. Hier muß eine scharfe Gegenpropaganda eingeleitet werden.“

In holler Klarheit und konsequenter Durchführung zeigt sich diese Taktik und ihre Bemühung bei der Verhandlung und endlichen Eroberung des badischen Landbundes.

L. Vizepräsident Reinhold:

Herr Abg. Mert, Sie stören jetzt dauernd. Wir bleiben nichts anderes übrig, als ich rufe Sie zur Ordnung.

Nationalsozialistische Bauerngewerkschaften

In dem Rundschreiben vom 18. April 1931 weist Reich die Bezirksfachberater darauf hin, daß sich die Landwirtschaft gewerkschaftlich organisieren müsse, um sich im Wirtschaftsparlament des kommenden Dritten Reichs eine gute Interessenvertretung zu sichern. Industrie, Handel und Gewerbe u. a. hätten sich schon zu einer solchen Gewerkschaft (Berufsgenossenschaft) zusammengesetzt und würden eine geschlossene Macht darstellen. Für den Bauernstand könne die Landwirtschaftskammer diese gewerkschaftliche Organisation nicht darstellen, weil sie nicht den richtigen Aufbau besitze. Die Reichsleitung sei nun auf den Gedanken gekommen, den Landbund in nationalsozialistischem Sinne zu evolutionisieren. Es könne nicht schwer fallen, die Organisation des Landbundes zu bemägen, um die geforderte bäuerliche Gewerkschaft zu schaffen. Wörtlich heißt es dann in dem Schreiben:

„Es besteht also für uns heute nicht mehr die Forderung auf Zertrümmerung des Landbundes, sondern in der Erhaltung seiner Organisation. Aber hieraus entspringt unweigerlich die logische Folgerung in der Notwendigkeit, durch Parteigenossen Einfluß im Landbund zu gewinnen, ihn von unten her aufzurollern, um ihn später durch Besetzung der Führerstellen durch Parteigenossen fest in unserer Hand zu haben.“

„Unsere Lösung heißt also heute: „Rein in den Landbund als die kommende bäuerliche Berufsvertretung.“

Das Bündnis zwischen Landbund und NSDAP.

Der Kampf gegen den Landbund wird eingeleitet. Der Anfang für Baden ist bereits gemacht. Ich lege einen Bericht über eine Besprechung mit dem Landbundspräsidenten Maier bei.

Landbundspräsident Dr. Schmitt: Hörl! Hörl!

aus dem Sie ersehen können, in welchem Rahmen unsere Zusammenarbeit getätigt werden soll.

(Rufo — Glocke des Präsidenten.)

Ich werde schon darauf bedacht sein, daß unsere Abmachungen eingehalten werden. Ich muß Sie aber bitten, meine Herren, sollten Sie irgendwie auf dem Lande merken, daß der Landbund bzw. Führer des Landbundes gegen diese Abmachungen verstoßen, mir sofort Meldung zu erstatten, damit gleich Abhilfe geschaffen wird.

Mit dieser Abmachung soll natürlich unsere Aufgabe nicht erfüllt sein, sondern ich werde während meiner Verhandlungen mit der Geschäftsführung des Landbundes immer unser Ziel im Auge behalten. Sorgen Sie, meine Herren, für die Verbreitung des Gedankens einer bäuerlichen Berufsgenossenschaft!

Ich mache Sie aber besonders darauf aufmerksam, daß nur die Abmachungen innerhalb der Partei und in der Unterhaltung mit Landbündlern Verwendung finden dürfen. Was ich sonst betreffend Landbund Ihnen hier erklärte, bespricht man nur innerhalb unserer Organisation und nicht in der Öffentlichkeit. Ich muß soviel selbständiges Denken bei Ihnen voraussetzen.

Große Heiterkeit) daß nur das in die Öffentlichkeit kommt, was für die Öffentlichkeit bestimmt sein kann.“

(Heiterkeit.)

Der beigelegte Bericht über die Aussprache mit dem Landbund hat folgenden Wortlaut:

„Am Mittwoch, dem 1. April, nachmittags 2 Uhr, fand im Reaktionszimmer der NSDAP. im Badischen Landtag eine Aussprache zwischen der NSDAP. und dem Landbundspräsidenten Maier statt. Das war der richtige Tag!.“

betrachten. Ich betone das mit einem bestimmten Bewußtsein, weil besonders die Deutschnationalen Volkspartei für uns Landwirte in Frage kommt.

Denken Sie daran, daß die Deutschnationalen Volkspartei bis zur Annahme des Youngplans dieses heutige liberal-marxistische System gestiftet (wachen bei den Sozialdemokraten) und selbst den für die Landwirtschaft untragbaren Dawesplan mit angenommen hat (Abg. Dr. Neuhäuser). In der Reichstagswahl 1930 belagern dann die Deutschnationalen Volkspartei die Quittung für die Reichhaltigkeit, was sie zu einem Kurswechsel veranlaßt. Dieser Kurswechsel, d. h. das Zusammengehen mit uns, riefte die Deutschnationalen Volkspartei vor dem letzten Zusammenbruch, sogar haben sie wieder einen langjammer Aufstieg zu verzeichnen. Sie hat also seit ihrem Auszug aus dem Reichstag einen geraden, unbeherrschten Kurs eingeschlagen, was ihr wieder das Vertrauen eines Teiles des Bürgerturns einbrachte (Abg. Bod. Plan hat es am letzten Sonntag gesehen). Und hier liegt wiederum eine große Gefahr (Zurufe: Aha!).

Kein Vertrauen den Deutschnationalen!

Die Deutschnationalen sind wirtschaftsliberalistisch und Klassenkämpferisch eingestellt (Geheißel. — Abg. Kuhn: Die kennen einander!), und stehen somit mit uns durch diese diese Weltanschauung in Gegensatz. Meines Erachtens bringt sie nur unsere nationale Anschauung auf eine Linie mit uns. Mit unserer sozialen und agrarprogramatischen Anschauung dürften sie und werden sich auch nie einig geben. Es darf ihnen also nie ein volles Vertrauen entgegengebracht werden (Große Geistes).

Die Deutschnationalen wollen mit der NSDAP nur ihren Laden neu aufmöbeln

Denken Sie etwas zurück in der Geschichte, so werden Sie bemerken, daß die Deutschnationalen wohl Wismar in den Sattel gehoben haben, aber ihn, nachdem er mit seinen bösslichen Problemen an den Tag kam, um so härter bekämpften. So wird es nicht anders mit unserem Führer Hitler gehen (Abg. Bod.: Haben die eine Ahnung!) Verschiedene Anzeichen deuten hier darauf hin, daß es der Deutschnationalen Volkspartei mit ihrer Freundschaft nicht so arg ergeht (Wachen). Sie wissen nur eines, daß sie in Anlehnung an uns selbst wieder ihren Laden neu aufmöbeln können (Schallende Pfeiferzeit. — Abg. Bod.: Er kennt seine Weiber!).

Besonders in den einzelnen Landbüdnen der Gau kann diese Feststellung gemacht werden. Gerade hier zeigen sich zum Teil sehr scharfe Gegensätze, und es ist uns bewußt, daß die Deutschnationalen Volkspartei hier ihren Ein-

fluß scharf geltend machen will. Es kommt der Tag, wo eine scharfe Auseinandersetzung zwischen NSDAP mit der Deutschnationalen Volkspartei zutage tritt. Hier heißt es von vornherein gemapnet zu sein. Wir wollen uns klar sein, daß das zu uns, bedingt durch ihre wirtschaftliche Notlage, gestohene Bürger- bzw. Spießertum (Wachen. — Zurufe: Sehr richtig!), sofort wieder von uns abspringt, wenn die Deutschnationalen Volkspartei ihren Kurs, den sie jetzt eingeschlagen hat, beibehält. Der uns nachgefolgte „Radikalismus“ geht dem Spieher auf die Nerven. Er steht auf dem Standpunkt, daß die Ruhe die erste Bedingung ist, und dieser Grundsatz hat das deutsche Volk fast zur Kirchhofsrunde gebracht. Denken Sie selbst immer wieder daran und harnern Sie es unseren und den Damen in das Spiel ein:

Nationalsozialisten: Im Kampf um Blut und Boden.

Deutschnationalen: Im Kampf um nationalen Wirtschaftsliberalismus! Das sind und werden auch bleiben die trennenden Pole zwischen uns und den Deutschnationalen. Ich gebe Ihnen diese Anregungen hinaus, um Ihnen für kommende Ereignisse Gedanken und Arbeitsmaterial in die Hand zu geben und daß Sie keine besonderen Überraschungen erleben. Machen Sie bei Ihren Ausprägungen mit Andeckungen davon Gebrauch, soweit Sie glauben, daß es notwendig ist. Besonders können Sie von den zwei Tzeten:

Nationalsozialisten: Im Kampf um Blut und Boden.

Deutschnationalen: Im Kampf um nationalen Wirtschaftsliberalismus.

Gebrauch machen. Aber immer wieder Vorzicht! (Wachen auf verschiedenen Seiten. — Abg. Pfeiffer: „Voricht! Voricht!“ — Abg. Kuhn: Frau — Frau — dem? — Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Bod. — Glocke des Präsidenten.)

Die Staatsgefährlichkeit des a. A.

Im gesamten und unter staatspolitischen Gesichtspunkten betrachtet, führt das Weien und die Tätigkeit des agrarpolitischen Apparats der NSDAP, so folgender Beurteilung: Der agrarpolitische Apparat ist von der Reichsleitung der NSDAP eingerichtet worden, um ihn als wichtiges Instrument im nationalsozialistischen Machtkampf mit ganz bestimmten Aufgaben zu bezeichnen. Für den bald erhofften und mit allen Mitteln angekehrten Sturz des gegenwärtigen Staates, der demokratischen Republik, soll er das flache Land und den Bauernstand in die nationalsozialistische Angriffslinie zur Führung des entscheidenden Stiches eingliedern; der traffe Aufbau und die unmittelbare Unterleitung unter die Reichsleitung — im Gegensatz zu anderen nationalsozialisti-

schen wirtschaftspolitischen Organisationen — weisen neben anderen Momenten auf die wesentlich militärische Einstellung der Führung hin. Das Rundschreiben des Reiches vom 20. Juli 1931 gewährt einen gewissen Einblick in die Methoden der Kampfführung gegen das „sterbende System“. In Übereinstimmung mit den in Hessen beobachteten Erscheinungen und Klängen hat man sich — nach systematischer und eifrigster Schwächung und Untergrabung der Staatsautorität und der Staatsmacht — auf eine baldige gewalttätige Erhebung des „Völkchewisimus“ eingestellt.

Mannheim und Lörrach sollten ausgehungert werden. Vorheimer Pläne für Baden

Durch die Aktion des agrarpolitischen Apparates sollen dann die Städte — in Baden waren Mannheim und Lörrach in die Berechnungen eingeseht — zerniert und von der Lebensmittelzufuhr abgeschnitten werden (Schall Pfeiferzeit. — Abg. Dr. Wolfhard: Ist das auch ein Privatdokument wie in Heffen?). Durch diese Art der Organisierung des Bürgerkrieges will man die Staatsgewalt an sich reißen (Zwischenbemerkung zwischen den Abg. Seubert und Dr. Wolfhard — Glocke des Präsidenten). Die eindringlichen Bemühungen des Leiters des agrarischen Apparates auf Einrichtung und störungsloses und rasches Funktionieren seiner Organisation waren — mit Kenntnis und Billigung der Reichsleitung und der Gauleitung der NSDAP — ganz auf dieses Ziel gerichtet (Zwischenbemerkungen zwischen Staatspartei und Zentrum). Die (zunehmend aufsteigenden) Verbände der S.A. (Zentrum) angeführt wurde (Darré war Stabschef im Stabe der Reichsführung der S.S. in München, und Plesch Adjutant bei der Oberführung der S.A. in Baden), sollten die Verbündeten in diesem Kampfe sein. Das Aufstellen besonderer Reiterkürme und das beabsichtigte Eindringen in die Kleinfachereieien lassen in diesem Zusammenhang diese Maßnahmen als Vorbereitungen für gewalttätige Auseinandersetzungen erkennen. Aus anderen Vorgängen ist bekannt, daß von S.A. Führern gewisse Landbüdnen den Stämmen zur Betreuung zugewiesen wurden, um den „Palenschaften“ erst ihren vollen Sinn und Inhalt zu geben.

Der Schwindel mit der Legalität

Mit der von der Führung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei stets behaupteten Legalität ihrer Bestrebungen sind solche Betätigungen und Zielsetzungen nicht in Einklang zu bringen. Auch die für den Fall von staatlichen Verbotsmaßnahmen beabsichtigten Absichten der unterirdischen Weiterführung der Arbeit des agrarpolitischen Apparates zeugen gegen die Glaubwürdigkeit der parteiamtlichen Versicherungen auf „Legalität“. Wegen des aus den Anmerkung des Agrarapparates als Geheimverbindung und wegen seiner staatsfeindlichen Betätigung ist Mitte Februar ein Strafverfahren (§§ 128, 129, 78 StGB.) eingeleitet worden.

Volkswirtschaft

Miner u. G. Karlsruhe-Breisgaukreis. In der Generalversammlung, am 22. April, mit 45 424 RM. Mitteln teilnahmen, wurde die Verabschiedung des Aktienkapitals von 6,5 Millionen auf 6 Millionen RM. nach der Berechnung zur Durchführung der Vorarbeiten über Kapitalverabfolgung in erweiterter Form beschlossen und die Ausgabe einer sofort zahlbaren Dividende von 6 Prozent einstimmig genehmigt. Der bisherige Aufsichtsrat wurde wieder gewählt. An Stelle des verstorbenen Generaldirektors (Sch. Rat Dr. A. Eimer wurde sein Sohn, der bisherige stellvertretende Generaldirektor Assessor Rudolf Eimer zum Generaldirektor ernannt.

Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften Baden

23. Freiburg i. Br., 26. April. Der Jahresbericht des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden (G. B.) Karlsruhe, erstattet beim dritten Verbandstag in Freiburg, gibt zunächst einen ausführlichen Überblick über die allgemeine bekannte wirtschaftliche Lage des Jahres 1931 unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft. Es wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zwar dem Streikverbot eine wesentliche Stütze gebracht haben, daß nun aber darüber die bäuerliche Betriebswirtschaft in Gefahr ist, die bei der Stellung Ausbruch zu erleben, daß sich die ersten Anzeichen der Hungerfrage sich zeigen, sich weiter ausbreiten werden im Interesse unserer süddeutschen Bauernwirtschaften. Das Jahr 1931 habe gezeigt, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen sich außerordentlich weitentwickelt hat und daß überall da, wo eine wirtschaftliche und verantwortungsbewusste Geschäftsführung vorhanden war, die Wirtschaft sich gehoben werden konnten. Der Verband zählt insgesamt 2501 Genossenschaftsbetriebe. Die hauptsächlichsten sind die 1390 Milchgenossenschaften, 645 Arbeitsgenossenschaften und 291 Milch- und Molkereigenossenschaften, zu denen noch die vier Zentralgenossenschaften und der Melkerverband kommen.

23. Freiburg i. Br., 25. April. Nach ihrem Jahresbericht für 1931 hat die Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft e. G. m. b. H. Karlsruhe, das Geschäftsjahr trotz aller Schwierigkeiten verhältnismäßig gut überstanden. Der Gesamtumsatz ist von ca. 23 Millionen Mark auf ca. 21 Millionen Mark zurückgegangen. Er betrug 1931 3 897 724 Mark im Werte von 21,14 Millionen Mark oder rund 13 000 Eisenbahnwagen zu 15 000 RM. Der Umsatz an Düngemitteln ist um circa 20 Prozent erhöht. Der Melkabsatz hat stark zugenommen. Das Saatgutgeschäft war sehr groß, hauptsächlich in Frühjahrssaat. In Allee, kamen dreinauf die Umsatzleistung 30 Prozent, im Saatgetreide nahezu 40 Prozent, in Saatartikeln nahezu 250 Prozent. Ueber 150 000 Jtr. Saatartikeln wurden abgesetzt. Der Umsatz in Rohle und Weizen ist um 10 Prozent zurückgegangen, was auf den milden Winter zurückzuführen ist. Der Absatz der Schälungs- und Schälmittel konnte ebenfalls erhöht werden. Das Maschinengeschäft bewegte sich im 1. Halbjahr in gewöhnlichen Grenzen, ließ dann aber stetig nach. Die Produktion an Maschinen konnte so ziemlich abgedeckt werden. Das übrige Landes-Produktionsgeschäft hat einen starken Aufschwung genommen. Das Unternehmen ist beteiligt an der Wiederaufbauung im Lande Baden. Die Zahl der Mitglieder ist hauptsächlich durch den Beitritt der Reichsbauernvereine von 1941 auf 1485 gestiegen. Aus dem Reingewinn von 183 886 Mark sollen 75 Prozent den Mitgliedern zugewandt werden, außerdem sollen 4 Prozent Dividende verteilt und 20 456 Mark auf neue Rechnung vorgezogen werden.

Wiederum Meineid

Im Karlsruhe, 27. April. Das Karlsruher Schwurgericht verurteilte heute nachmittags bereits den vierten Meineidsprozeß in dieser Woche. Auf der Anklagebank saß der 22 Jahre alte, bisher

unbestrafte Weidner Josef Klein aus Ettlingen, der sich seit 26. Januar in Untersuchungshaft befindet. In der von Erstem Staatsanwalt Dr. Weik vertretenen Anklage wird ihm zur Last gelegt, er habe in einem Privatverfahren des 18 Jahre alten Zeitungsträgers Karl Hippler aus Ettlingen gegen den Gärtner Josef Adam aus Ettlingen wegen Körperverletzung am 8. Mai vor dem Amtsgericht Ettlingen als Zeuge wahrheitswidrig erklärt — um den Adam vor der Beurteilung wegen Körperverletzung zu schützen —, es sei unmöglich, daß Adam am dem Abend des 13. Januar den Hippler geschlagen habe. Er habe Adam zuletzt mit dessen beiden Schwestern vor dem Hause stehen sehen. Er könne sich nicht erinnern, daß Hippler geschrien habe. Tatsächlich hatte sich Adam von dem Angeklagten getrennt und war dem Hippler nachgegangen; er hat ihn auch schreien hören. Adam hat ihm am gleichen Abend erzählt, daß er Hippler verprügelt habe. Der Angeklagte Klein erklärte heute, er sei unschuldig. In der Voruntersuchung hat er ein Geständnis abgelegt, das er heute widerrufen. Auf Grund der Aussagen Kleins wurde Adam am 8. Mai vom Amtsgericht Ettlingen freigesprochen.

Aus dem Gerichtssaal

Verhängnisvolle Kennermischerjudt
Im Karlsruhe, 27. April. Vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorstehender Landgerichtsdirektor Böhringer) hatte sich heute der 26 Jahre alte bisher unbestrafte Schreiner Adolf Stöcker aus Baden-Baden wegen Meineids vor verantworten. Der Angeklagte, der sich seit dem 12. Januar in Untersuchungshaft befindet, wurde der Privatklage der Köchin Marie D. gegen die Paula Sch. Witwe bei seiner Vernehmung vor dem Amtsgericht Baden-Baden am 12. Mai o. J. entgegen der Wahrheit und in Kenntnis der Unrichtigkeit, er leit seiner Aussage nach Leistung des Zeugnisses der Unrichtigkeit hinter dem Sotel Badischer Hof in Baden-Baden geflohen. Seine Angaben hat er gemacht, um zu verhindern, daß die Witwe Sch. in dem Verfahren wegen ihrer Nachrede verurteilt werde und hat durch diese wahrheitswidrige Befundung den Richter getäuscht, der den Wahrheitsbeweis durch die Witwe Sch. als erbracht angesehen, die Sch. freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Köchin D. auferlegt hat.

Der Angeklagte bekennt sich im Sinne der Anklage für schuldig. Der Staatsanwalt betonte, es sei wirklich empörend, mit welchem Leichtsinne und welcher Frivolität ein bisher unbelohnter junger Mensch, der eine ordentliche Erziehung genossen habe, einen Meineid geleistet hat. Es handelte sich um keine unüberlegte Handlung. Die Tat des Angeklagten habe dazu geführt, daß das Gericht in Baden-Baden, das sich auf die Aussagen des Zeugen verlassen mußte, ein unrichtiges Urteil erlassen habe. hätte der Angeklagte die Wahrheit gesagt, dann hätte er sich der Verleumdung gegenüber Köchin D. schuldig gemacht. Der Angeklagte hat dadurch in einem gewissen Eidesnotstand gehandelt, für den das Gesetz die Möglichkeit vorsteht, daß an Stelle einer Zuchthausstrafe auf Gefängnis erkannt werden kann. Der Staatsanwalt beantragte 1 1/2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft, sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Göttrich, trat für eine milde Gefängnisstrafe ein und bat um Gewährung von Strafaufschub auf Wohnverhältnisse.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach § 157 zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis abzüglich drei Monaten Untersuchungshaft. Der Angeklagte nahm die Strafe an. Das Urteil ist rechtskräftig.

Genossenschaftliches
Die Volksfürsorge, genossenschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-G. G. Hamburg, stellt über den Geschäftsbericht im ersten Vierteljahr 1932 folgende Mitteilungen. Die im ersten Quartal 1932 noch immer zunehmende Zahl der Arbeitslosen und die Schrumpfung des Einkommens böten dem Volksversicherungsgesellschaft 1932 keine günstigen Aussichten. Trotzdem ist bei der Volksfürsorge ein Rückgang in der Zahl der Anträge in kleinen Lebensversicherungen im Oktober und letzten Quartal 1931 nicht erfolgt. Ansehlant wurden vom Januar bis März des laufenden Jahres 47 791 Volks- und Lebensversicherungsanträge gestellt. Mit diesem Ergebnis steht die Volksfürsorge nach wie vor an der Spitze der privaten deutschen Versicherungsgesellschaften, auch hinsichtlich des monatlichen Neuzuganges.

Aus der Stadt Durlach

Noter Baden. Heute abend 8 Uhr Gesamtprobe im „Lannhäuser“.

Obstdirektor: Georg Schöpplin Verantwortlich: Politt Freiheit Baden, Volkswirtschaft, Genossenschaftliches, Soziales, Heuteston, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: E. Grünebaum; Groß-Karlsruhe Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittellbaden, Gewissensfrage, Karlsruhe Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef G. G. Verantwortlich für den Anzeigen: Gustav Krüger. Zeitliche Wohnhaft in Karlsruhe.

Billig wie nie- und doppelter Rabatt 100%
Von Donnerstag, dem 28. April bis Samstag, dem 30. April auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel) doppelte Rabattmarken! Auf Wunsch statt Rabatt bei Einkauf für 2 RM ein schöner Dessertteller, bei Einkauf für 3 RM eine feine Tasse mit Untertasse aus echt bayerischem Qualitäts-Porzellan.
KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT



Kleine badische Chronik

Paul Schwarz endlich heimgekehrt

Kehl, 27. April. Der letzte deutsche Kriegsteilnehmer Alfons Paul Schwarz hat am Sonntag nach 13jähriger Gefangenschaft, die er in der Hauntede auf der Insel Casenne verbringen mußte, zum ersten Male wieder deutschen Boden betreten, nachdem er am 9. März d. J. durch den Präsidenten der französischen Republik benadigt worden ist. Schwarz ist in Köln mit seinem Sohn zusammengetroffen und wird Ende der Woche nach Kehl zurückkehren. Die Franzosen hatten ihn 1919 bei der Besetzung von Kehl festgenommen und vor das französische Kriegsgericht in Casenne zur Verurteilung gestellt, das ihn zu lebenslänglicher Verbannung nach Casenne verurteilte, weil er als in Frankreich geborener Elfmüller den Krieg auf deutscher Seite mitgemacht hatte. Nach langen Bemühungen gelang es die Entlassung Schwarzs aus dem französischen Staatsverband zu erreichen. Schließlich wurde er auch benadigt. Schwarz, der gleichzeitig die deutsche und die französische Staatsangehörigkeit beibehält, war ein Opfer dieser Staatsangehörigkeit geworden.

Zwei Kinder durch Schlafmittel vergiftet

Mannheim, 27. April. Am Montag hat sich eine auf dem Waldhof wohnende 22 Jahre alte Arbeiterin von ihrer Wohnungsgemeinschaft für ihre beiden unehelichen Kinder — Zwillinge — einen angeleglichen Vergiftungsakt angedeutet, indem sie ihnen nachts besser schlafen sollten. Nachdem die beiden fünf Monate alten Kinder von dem der Milch beigegebenen Tee getrunken hatten, stellten sich Vergiftungserscheinungen ein. Die ungesunde Mutter hat die beiden Kinder sofort ins Städt. Krankenhaus einweisen lassen, wo sie in der folgenden Nacht gestorben sind. Die Kindesmutter und ihre Wohnungsgemeinschaft wurden vorläufig in Haft genommen.

Berlebesunfall

Mehrloch, 27. April. Auf dem Heimweg von Vietnau-Krummloch führte in der Nähe der Schönenbrüde Friseurmeister August Roos von hier mit seinem Fahrrad und zog sich neben einem Arm- und Schlüsselbeinbruch auch einen doppelten Schenkelbruch zu, der den Zustand des Verletzten lebensgefährlich macht. Nach längerer Bewußtlosigkeit konnte der Verunglückte sich nach selbst nach Hause und zum Arzt begeben. Nach seinen eigenen Angaben soll er durch ein zu rasch fahrendes Auto auf dem Straßenrand gedrückt worden sein, wodurch er zu Fall kam.

Kind durch Lastauto getötet

Mannheim, 27. April. In der Straßenbahnhaltestelle Porzellanstraße wurde Dienstag mittags 1 Uhr in der Industriestraße

ein sechsjähriges Mädchen, das aus der Straßenbahn ausstieg und rasch die Straße überqueren wollte, von einem der Straßenbahn nachfolgenden Lastzug überfahren und auf der Stelle getötet. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist noch nicht abgeschlossen.

—1. Emmendingen, 27. April. Geißig umnachtet? Die Dienstmagd Buderer des Hofbauers Schilling in Freiham-Koppenbach, die sich vor einer Woche die linke Hand abschnitt, ist aus dem Krankenhaus in die Heim- und Pflegeanstalt Emmendingen überführt worden. Das Mädchen ist jedenfalls geistesgestört; man vermutet, daß es die grausige Selbstverleumdung in einem Anfall schwerer teuflicher Verwirrung beging.

*** Bergshausen, Amt Offenburg, 27. April. Brand.** Gestern Abend wurde das Anwesen des Landwirts Karl Zapf in Winaersbach ein Opfer der Flammen. Nur das Vieh mit Ausnahme der Stühner konnte gerettet werden, die verbrannten, soweit sie sich nicht selbst in Sicherheit bringen konnten. Die Brandursache und die Schadenshöhe stehen noch nicht fest.

*** Eiertweier, Amt Kehl, 27. April. Abnorme Ferkel.** Ein dem Landwirt Johann Walter IV. gehörendes Mutterschwein brachte letzten Freitag mit einem Würfel elf Stück junge Ferkel zur Welt, von denen nur ein einziges normal war, während die übrigen zehn mißgestaltete Schädel aufwiesen. Acht davon hatten nur ein Nasenloch. Da ihnen eine Nahrungsaufnahme nicht möglich war, sind sie bereits verendet.

*** Singheim, Amt Bühl, 27. April. Dem gehört der Ring?** Die Werkschmiederei Singheim fand bei einem Verdampfungsvorgang von sechs Stück Grobziegel einen Ebering, der gesehnt ist: R. R. Weib. 24. Nach dem Träger des Ringes wird auf diesem Wege geforscht.

Marktberichte

Stuttgart, 27. April. Schweinefleischmarkt vom 27. April. Zueinfuhr: 62 Ferkel und 43 Käufer; verkauft: 34 Ferkel und 25 Käufer; Preis für Ferkel das Paar 20—30 M. Preis für Käufer das Paar 32 bis 60 M. Der nächste Schweinefleischmarkt findet am Mittwoch, den 4. Mai, statt.

Schweinefleischmarkt in Bruchsal vom 27. April 1932. Angefahren wurden: Milchschweine 123, Käufer 25; verkauft wurden: Milchschweine 70, Käufer 10; höchste Preis: Paar Milchschweine 33 M., Käufer 40 M.; höchste Preis: Paar Milchschweine 30 M., Käufer —; niedrigster Preis: Paar Milchschweine 25 M., Käufer 38 M.

Kielinger Schweinefleischmarkt vom 26. April 1932. Zufuhr: 38 Milchschweine; Preise: 26—32 M. pro Paar; Handel: mittel. Nächster Markt am Mittwoch, den 4. Mai 1932.

Letzte Nachrichten

Aufhebung der Immunität des Nazi-Kra

Der Geschäftsordnungsausschuß des Badischen Landtags hat beschlossen, dem Landtag die Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Prof. Herbert Kraß zwecks Durchführung eines Dienstreifenverfahrens vorzuschlagen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

An alle Genossinnen und Genossen!

Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich an der vom Ortsausschuß des ADGB für Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 1 Uhr festgesetzten Maidemonstration zu beteiligen. Reichs- und Landtagsabgeordnete, sowie die Mitglieder der Stadtrats- und Bürgerausschußfraktion marschieren an der Spitze des Zuges. Der Vorstand.

Bezirk Altstadt
Donnerstag, 28. April, abends 20 Uhr, im Hotel „Zum Rössen von Württemberg“ Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Dr. Thoma über „Die politische Lage“. Genossinnen, Genossen, erseht zahlreich.

Veranstaltungen

Das Entscheidungsspiel 1. FC. Nürnberg — Fußballportverein Bruchsal im Stadion. Unverhofft kam der Karlsruher Sportverein das Geschenk eines richtigen Vuntpieles von entsehbender Bedeutung durch den Südb. Fußballverband. Wenn man Karlsruher in letzter Zeit etwas heimlich beobachtet, so weiß man dem Verband seinen inneren und gerade dieses Spiel hierher verlegt. Man acht nicht, daß dem Sieger vom kommenden Sonntag, den ersten Fußballportverein der Verlegung der höchsten Würde im deutschen Fußballport zu werden. Sollte das Stadion zum ersten Male ausverkauft sein, so werden über zwanzigtausend den Markt zum Vuntpieles antworten. Neben Gegner des Sonntags der hiesige deutsche Meister 1. FC. Nürnberg und der in unangenehm harten Spielen erprobte Fußballportverein Frankfurt werden sich einen Kampf liefern, der die Zuschauer bis in die letzte Minute in seinem Bann halten wird. Beide Mannschaften werden in härtester Aufstellung den Kampf am Sonntag betreten. Das Karlsruher Publikum der Sieger sowie das vor Anse schwebende Ziel haben einen rasigen Kampf im Ausblick.

Die Polizei berichtet:

Am Mittwoch abend gegen 9.30 Uhr verhafteten etwa 25 Nationalsozialisten in der mittleren Kaiserstraße in geschlossenem Zuge die Demonstranten, ohne ihren Auftrag nach Vorgriff der 1. Notverordnung vorher der Behörde angemeldet zu haben. Beim Einschreiten der Polizei ging der Schwarm flüchtig. Zwei der Teilnehmer, ein lediger 25 Jahre alter Müller und ein lediger 23 Jahre alter Landwirt von hier, konnten festgenommen werden. Sie wurden zwecks Aburteilung durch den Schnellrichter ins Bezirksgefängnis eingeliefert.

Zusammenstoß
Bei der Dornwaldriedung fuhr ein Radfahrer unachtsamerweise auf einen fahrenden Personentransportwagen auf. Durch den Sturz zog sich der Radfahrer, ein auswärtiger Mann, eine Gehirnerschütterung zu. Der Verletzte, der in das hiesige Krankenhaus Durlach abtransportiert wurde, ist noch nicht vernunftfähig.

Am Mittwoch vormittag ereignete sich auf der Straßenkreuzung Kaiser- und Lammstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen, einem Personentransportwagen und einem Straßenbahnwagen. Nichtbeachtung der Verkehrsbestimmungen durch den Fahrer des Lastkraftwagens ist die Ursache des Zusammenstoßes.

Zur Anzeige gelangten
mehrere Personen wegen Ruhestörung, eine Person wegen Körperverletzung, 40 Personen (Fußgänger, Kraftfahrzeugführer, Radfahrer, Fuhrwerkslenker) wegen Nichtbeachtung der Verkehrsbestimmungen.

Entwendet
wurden 5 Fahrräder, die Beleuchtungsanlagen von zwei Fahrrädern sowie aus einigen Frühbeeten des Städt. Kinderkrankenhauses hundert Sektlinge verschiedener Gemüsesorten.

Festgenommen
wurden mehrere Personen, die zur Straßensäubung dem Polizeipräsidium vorgeführt wurden.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 1 und 5
Donnerstag, 28. April, abends 8 Uhr, wichtige Besprechung im „Gambrius“ (Ludwigsplatz).

J. B. 4
Donnerstag, 28. April, abends 8 Uhr, Versammlung in der „Deutschen Eiche“. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Beiertheim

Sozialdemokratische Partei
Am Donnerstag, 28. April, abends acht Uhr, findet im „Beiertheimer Hof“ eine Mitgliederversammlung der Partei statt. Gen. Stuß spricht über „Die letzten Wahlen und Eisenfront“. Wir bitten unsere Mitglieder und die Mitglieder der Eisenfront, sowie auch Volksfreunde, am pünktlichen Erscheinen.

Veranstaltungen

Donnerstag, den 28. April 1932:
Badisches Landestheater: Rollenfest, 19.30 Uhr.
Badische Schipsiele: Spiball, 20.30 Uhr.
Kammer-Schipsiele: Ehrme der Leidenschaft, Programm.
Heilbrunn-Schipsiele: Der Sieger, Hof-Bodenball, Schmittsche Spiele, 2. Hof-Bodenball, Gochbestim: Die Kollendina.

Karlsruher Umgebung

Sagsfeld

Das Karlsruher Accordeon-Orchester veranstaltete am Sonntag, den 24. April, abends 19 Uhr, im Bahnhofsrestaurant zu Sagsfeld bei vollbesetztem Hause ein Wertebekonzert. Der jugendliche aber allseits tüchtige Dirigent dieses erst seit einigen Monaten gegründeten Vereins, der kaum 14jährige Piano-Accordeon-Künstler Hans Scheer-Karlsruhe konnte sich unter gütlicher Ägide des bewährten Vorstandes Herrn Eiermann, einen vollen Erfolg buchen. Herr Scheer, der durch seine Gastspiele im Südb. Rundfunk kein Unbekannter ist, verstand es in kürzester Zeit, einen schönen Kreis freudiger Förderer dieser Kunst zu einem Verein zusammenschließen. Mit großer Exaktheit spielte dieser Verein bei größter Aufmerksamkeit der Zuhörer, aus dem abwechslungsreichen großen Programm Märsche, Walzer und Duettstücke. Die gemalten Besetzungsdarstellungen ließen zweifellos erkennen, daß jeder einzelne Spieler zur vollsten Ausschüttung eines jeden Stüdes sein bestes brachte. Herr Scheer, der selbst in den Reihen mehrerer Solos spielte, so u. a. die Duettstücke Dichter und Bauer von Suppe und Orpheus in der Unterwelt von Offenbach, hatte geradezu faszinierende Wirkung. Die Besetzung der Solosinstrumente, die der Verein ausschließlich spielt. Für gute Leistungen kann dem Karlsruher Accordeon-Orchester nur höchste Anerkennung ausgesprochen werden mit dem Wunsche, daß dieses Konzert bald wiederholt werden möge. Sp.

Maifeier. Wir bitten unsere Genossinnen und Genossen, Gewerkschafter, Arbeiterportler, Säger, sowie unsere Anhänger für den Besuch der diesjährigen Maifeier zu werden, wird doch diesmal etwas besonderes geboten werden. Neben dem Festredner Gen. Kimmelman-Karlsruhe wirken mit der RWG, „Froh Sinn“ sowie Genossen aus Durlach, die die proletarische Revue „Der rote Faden“ aufzuführen. Der Eintrittspreis beträgt einschließlich Matroschen 30 Pf. pro Person. Anfang 7 Uhr im „Bahnhof“. Eine kurze Inhaltsangabe werden wir noch bringen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die neue Zirkone, deren Erscheinung gestern im Westen der britischen Inseln gemeldet wurde, hat sich inzwischen soweit gegen den Kontinent vorgearbeitet, daß ihre ersten Regentfronten heute früh ganz England und Nordwestfrankreich erreicht haben. Bei uns ist hohe Bewölkung als Vorläufer der heranziehenden Störung aufgezogen.

Die Zirkone wird mit ihren Luftmassen bis morgen allmählich auch unser Gebiet vollkommen unter ihren Einfluß bringen.

Wetterausichten für Freitag, 29. April: Böfika, aufziehende Südwestwinde und zeitweise leichter Regen, am Tage etwas kühler.

Berliner Devisennotierungen (Mittelkurs)

	27. April		26. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	100 fl.	170.63	170.97	170.97
Italien	100 L.	21.63	21.67	21.67
London	1 £ S.	15.38	15.42	15.39
New York	1 \$ D.	4.299	4.217	4.217
Paris	100 Fr.	16.58	16.62	16.18
Bra	100 Kr.	12.466	12.485	12.466
Schwed.	100 Kr.	81.74	81.90	81.77
Spanien	100 P.	23.07	23.13	23.13
Stockholm	100 Kr.	76.67	76.83	76.47
Wien	100 Schill.	51.95	52.05	51.95

LEIPHEIMER & MENDE

Tupfen

die große Mode

in Kunstseiden und Reinseiden Marocain, Wollmuslin, Selenic

in vielen Punkt- und Farbstellungen und jeder Preislage

Das ist die große Mode
 was wir wollen
 mit 100% Seide
 und Stoffen



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

28. April

1758 *Monroe, Präsident von Nordamerika. — 1772 Struensee hingerichtet. — 1779 Raffatter, Geandtenmord. — 1846 *Sozial. Wba. Louis Wih. Bod. — 1853 *Dichter Ludwig Tieck. — 1895 *Historiker Karl Tietze. — 1896 *Historiker Heinrich v. Treitschke. — 1919 Ende des Ruhrbergarbeiterstreiks.

Reichsbahninspektor wegen Bestechung verurteilt

» Vor dem großen Schöffengericht in Karlsruhe stand gestern der 50jährige Reichsbahninspektor Ludwig Georg Kilmann aus Würzburg unter der Anklage der Bestechung.

Seit dem Jahre 1920 ist der Angeklagte bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe in der Stoffabteilung beschäftigt und mußte dort dienstlich Stiers Lieferungen besorgen, um Waren für die Reichsbahn abzunehmen. Zu diesem Zwecke kam der Angeklagte auch seit einigen Jahren zu der „Gummi- und Altschiffabrik“ in Mannheim, wo sich bald ein freundschaftliches Verhältnis mit dem Prokuristen der Firma herausgebildet hat. Offensichtlich zur besseren Regelung der Geschäfte! Es bildete sich bald die Gewohnheit, daß die beiden, jeweils nach den Kontrollarbeiten, in einem Lokal eintraten und dort zusammen auf Kosten der Firma speisten. In den Jahren 1926/28 waren diese Besuche oft sehr hoch. Der als feine vernommene Prokurist nennt Zahlen, die zwischen 10 und 30 Mark für den Abend liegen. Der Angeklagte will nun nicht gemerkt haben, wer diese Kosten bezahlt. Als seine Frau im Jahr 1927 wieder ein Kind erwartete, machte sie ihm den Vorschlag, daß der Prokurist dieser Mannheimer Firma doch die Patentkosten übernehmen solle. Dieser laute zu und brachte später zur Laufe ein kleines Patentrecht von 200 Mark, das an jedem Geburtstag durch 100 Mark erhöht wurde. Dabei hat die Frau des Zeugen das Geld jeweils selbst überbracht und den Angeklagten darüber im Unklaren gelassen, wer das Geld letzten Endes aufbringt. Der Angeklagte kam in Mannheim ebenfalls zu den Sommer-Partys und über dort die gleiche Tätigkeit aus. Auch hier bildete sich bald dieselbe Gewohnheit und der betreffende Inhaber der Firma Sommer nahm an diesen Partys teil. Bezahlt hat dann abwechselnd einmal die „Gummi“, das andere Mal wieder die Sommer-Werte. Als der Vorsitzende dem einen Zeugen Vorhalte über dieses Handeln machte und ihn fragte, was er damit bezwecken wollte, erklärte jener klar: „man habe das getan, um einen reibungslosen Geschäftsverkehr zu erzielen.“ Das machte sich dann auch bemerkbar, als einmal die „Gummi“ einen größeren Auftrag von Schlüsseln an die Reichsbahn liefern sollte. Die Schlüssler hatten kleine „Schlüsselsteher“. Wenn sie von der Bahn nicht angenommen worden wären, so wäre der Firma ein Schaden von 4000 bis 8000 Mark entstanden. Die Sache konnte aber, die Ware wurde nicht beanstandet. (Vom Standpunkt der Firma aus waten die aufgewendeten Speisen also nicht umsonst. D. B.)

Bei dieser Gelegenheit kam vor Gericht die Sprache auch noch auf verdingene andere Dinge, die nicht Gegenstand der Anklage waren, die aber für die allgemeine Beurteilung des Falles wesentlich sind. Vor einigen Jahren hat der Angeklagte auch ein Haus gekauft. Das Haus wurde damals auf seinen ausdrücklichen Wunsch bei einem Sägewerk in Langensiebold bestellt. Nach der Lieferung des Holzes kam eines schönen Tages der Lieferant und überbrachte dem Angeklagten und seinem Mitbewerber je ein Kuvert mit 200 Mark Inhalt mit dem Bemerken, daß er nichts an seinen Bekannten verdienen wolle! Zufällig lieferte dieses Sägewerk auch an die Reichsbahn.

Ein älteres Kind des Angeklagten hat als Pate einen Direktor einer Karlsruher Eisenhütte (Seneca), die ebenfalls wieder „zufällig“ auch Lieferfirma der Reichsbahn ist.

Der Angeklagte entschuldigt sich damit, daß er in den Beziehungen nur einen rein privaten Charakter sah. In dem Urteil vom Jahre 1928, wo den Beamten der Reichsbahn nochmals ausdrücklich unterstellt wird, irgendwelche Gefälligkeiten oder Geschenke anzunehmen, sah er kein Hindernis, sich anders zu verhalten. Auch seine vorzeitige Behörde hat an den Leistungen des Angeklagten nichts auszusetzen. Das ist vielleicht verständlich, wenn auch im Gerichtsraum der Sachverständige von der Bahn erklärte, daß er den Angeklagten immer als Offizier und Akademiker geachtet habe. Der Staatsanwalt ist der Auffassung, daß es sich hier um einen klaren Fall der passiven Bestechung handle, aber eine Geldstrafe als Sühne ausreichend sei, da die schwerere, disziplinar Bestrafung folgen werde. Sein Verteidiger beantragt Freisprechung. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten aber zu einer Geldstrafe von 500 Mark und erkannte, daß das Sparschneidchen des Kindes laut Gesetz veräußert. Das Gericht hat sich von dem Tatbestand der Bestechung überzeugt und deshalb eine Verurteilung eintreten lassen.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Oststadt

Unsere Mitaleberversammlung hätte besser besucht sein müssen. Gen. Landtagsabg. Trinks sprach über die politische Lage. Er ging auf die ungläubliche Demagogie der Nationalsozialisten, die sich zum Ueberflus auch noch Arbeiterpartei nennen, in längeren Ausführungen ein. Es ist erfreulich, daß dieser Interessentenbauern in seinem Einseitigkeit Deutschlands die Mehrheit bekommen hat, wenn auch der äußere Erfolg nicht abzuleugnen ist. Männer wie unsere Genossen Otto Braun und Karl Severing haben aus einem Junkerpreußen einen wahren Volksstaat gemacht. Wenn der Karlsruher Führer großmütig nach der Wahl verkindert, Preußen sei in Sturm genommen, in die marxistischen Mauern seien Löcher geschlagen worden, so darf trotz alledem der Sieg des Sozialismus in Wirtschaft, Politik, im kulturellen und geistigen Leben nicht ausbleiben. Das traurige und beschämende Verhalten unserer „Brüder“ von links brachte Trinks auch zum Ausdruck.

In der Diskussion sprachen einige Genosseninnen und Genossen in aufmunterndem, aber doch auch kritischen Sinne. Genosse Klinka wies noch in kurzen Worten auf die am Samstag, 30. April, ab 6 Uhr stattfindende religiöse Maifeier hin. Genosse Pappes Kappes hält die Festredigt, der Gesangsverein Topographia unter Chorleiter Verbold wird mitwirken.

Nach dem Schlusswort des Referenten richtete Gen. Deubel noch recht aufmunternde, aber auch ernste Worte und Mahnungen an die Anwesenden und schloß um 11.30 Uhr die Versammlung.

Bezirk Weststadt

Die am 28. April abgehaltene Versammlung des Bezirks Weststadt war gut besucht. Als Redner war Gen. Ministerialrat Dr.

Aufruf zur Maifeier

Arbeiterinnen! Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Heraus zur Maifeier! Zur Massendemonstration!

Unser Kampfziel in diesem Jahre gilt in erster Linie dem Faschismus

diesem Todfeind jeder Freiheit. Frecher denn je erheben diese vom Kapitalismus ausgehaltenen „Erneuerer Deutschlands“ das Haupt. Um so wichtiger müssen unsere Scharen diesen zusammengelaufenen Söldlingen entgegenzutreten. Mit eiserner Faust wird die Eiserne Front diesen Heerhaufen zerschmettern, wenn er es versuchen sollte, sich gegen uns zu erheben.

Wir werden mit den von der Republik Pension beziehenden Offizieren und den abgedankten Prinzen der Hohenzollern-Dynastie, die glauben, durch den Faschismus wieder zur unumschränkten Macht zu kommen, und die uns in das heutige Elend gestürzt haben, wie auch mit den im Faschismus zusammengelaufenen wildgewordenen Spielern fertig werden. Schaffendes Volk! Zeige deine Macht durch Massenaufgebot am 1. Mai

Heraus auf die Straße um zu demonstrieren

für Beschaffung von Arbeit, für geistliche Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden in der Woche, für Einhalt des Lohnraubs und energische Durchführung des Preisabbaus, für Völkerverständigung und wirtschaftliche Verständigung der Nationen, für Freiheit und Gerechtigkeit, für den Wiederaufstieg Deutschlands, gegen Diktatur und Terror, gegen Fünfernis und Geistesfurcht, gegen Verschlechterung der Sozialversicherung und der Arbeitsbedingungen.

Darum: Heraus, werktätiges Volk! zur Demonstration am 1. Mai

Zeigt dem Faschismus, daß ihr auf dem Damme seid, daß ihr jeden Feind einer freien demokratischen Republik als euren Feind betrachtet.

Am 1. Mai als Weltfeiertag schmiedet die Internationale neue Bande und die Schaffenden aller

Thomas gewonnen. Er sprach über: „Die politische Auswirkung der Reichspräsidentenwahl“. Der Redner verstand es, durch seine von hoher Sachkenntnis getragenen Ausführungen, die Zuhörer zu fesseln. Zunächst beleuchtete der Redner die Vorgänge vor und nach der Wahl, besonders die Schwindelnummer der Nazis. Die gute Disziplin unserer Partei hat die Halbbrüder von Hitler und Hugenberg in großes Staunen versetzt. Denn nur durch dieses beionene Handeln wurde die Wahl Hitlers verhindert. Weiter darf nicht gebübelt werden, daß ein Staat im Staate sich breit macht und uns im Ausland in jeder Beziehung großen Schaden verursacht. Es ist geradezu lächerlich, wie mit Hitler Götzendienst getrieben wird. Dieses Spiel erinnert an die Zeiten des Diktators von Doorn. Beim Halbbockspielen und Erdbebenmachen sind sich beide gleich. Aber mit der Tapferkeit ist es nicht weit her. Der Terror der Wehrmacht des Regierungskollegiums Hitler müßte gebrochen werden. Die Auflösung der SS und SA genügt nicht. Es heißt Klagen auf und nach! Die Warnung verschiedenster Völkerverständigung an die Beamten ist zu begrüßen. Nur müssen den Vorkontingen auch die Laten folgen. Beamte, die den Treueid auf die Verfassung geschworen haben, können unmöglich Mitglieder der Hitlerpartei sein. In Hand können unmöglich Mitglieder der Hitlerpartei sein. Einiger Gerichtsentscheid von den 90er Jahren wurde nachgewiesen, daß die annähernd gleichen Delikte damals mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren und heute mit einigen Tagen Gefängnis oder Geldstrafe geahndet werden. Ein Zeichen, wie die Justiz zum Teil eingestellt ist. Wir haben zu lange gewartet, der Fausthandschuh hätte früher geholt werden müssen. Redner kam dann noch auf die Außenpolitik, Abrüstung, Kapitalismus und Wirtschaftsunordnung zu sprechen. Viel Wertvolles, das im Rahmen eines kurzen Berichtes nicht angeführt werden kann, hat Gen. Dr. Thomas seinen Hörern vermittelt und reicher Beifall dankte ihm für seinen ausgezeichneten Vortrag. Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht. Nach kurzer Pause wurde Buntt „Berühmtes“ erledigt. Es sprachen die Gen. Stadträtin Müller, Gen. Friedrich, Genter, Breking und Menges. Nach aufmunternden Worten des Gen. Friedrich wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen. R. D.

Stände unter allen Völkern reichen im Geiste einander die Bruderhand, um den Kampfschwur gegen den internationalen Kapitalismus zu erneuern.

Darum: Massen, heraus zur Demonstration! Hoch der 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Karlsruhe
J. A.: Schulenburg.

Allgemeiner freier Angestelltenbund Karlsruhe
J. A.: Frischmuth.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
J. A.: Jülg.

Aufstellung des Demonstrationzuges

erfolgt Sonntag nachmittag 1 Uhr auf dem Streifenplan (Festhalle). Die Organisationen werden gebeten, Transparente mit unseren gewerkschaftlichen Forderungen mitzuführen und insbesondere rote Fahnen. Unsere Kollegen in den Vororten marschieren geschlossen zum Streifenplan. Sammelstelle für **Wulach** um 11 Uhr beim Gasthaus zur Krone, **Weiherheim** 11 Uhr beim Reichen Rudolf, **Dorland** 11 Uhr beim Karlsruher Hof, **Kirchheim** Ecke Ebnstraße und Birtenweg. **St. Paul** u. **Neu** um 1 Uhr beim Bernhardshof. Aufstellung und Leitung des Zuges haben die Koll. Schulenburg und Maier.

Jugordnung

Kinder, rote Fahnen, Arbeiterjugend, Arbeiterportier, Genosseninnen und Genossen der SPD, Eisenbahner, Metallarbeiter, Maschinen- und Heizer, Bekleidungsarbeiter, Gesamtverband der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs- und Warenverkehrs, Holzarbeiter, Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen- und Steinbrucher, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Bauernbündel, Steinarbeiter, Maler, Zimmerer, übrige Gewerkschaften.

Der Zug bewegt sich durch die Karl-Friedrich, Kaiser, Karl, Stefaniens, Hans-Thoma, Lintenberg Straße nach dem Platz der Freien Turnerschaft.

Ordnung mit weißen Armbinden sind aufgestellt und ist deren Befehle Folge zu leisten.

Die Maidröschchen

werden durch die Organisationen und auf dem Festplatz ausgegeben das Stück zu 20 Pf. Erwerbslose können für sich und ihre Frauen nur bei ihren Verbänden das Köschchen zu 10 Pf. erhalten. Ohne Köschchen haben erwachsene Personen keinen Zutritt zum Festplatz der freien Turnerschaft.

Die Maifeier hat als Mittelpunkt die Festrede des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Reichstagsabg. Brandes, Berlin. Musikalische, geistliche und sportliche Darbietungen bieten einige angenehme Stunden und ist für Restaurierung aufs Beste gesorgt.

Die Kinder, welche sich am Zuge beteiligen, erhalten die bekannte „Maibrotzel“.

Bei schlechtem Wetter findet die Feier um 2 Uhr in der Festhalle statt.

Aus Organisationen und Vereinen

Im „Haus der Gesundheit“ sprach Frau Luise Lampert, die Leiterin der Stuttgarter Mütterchule, über „Freud und Leid im Kindesleben“. Sie schilderte in warmherziger Weise wie sie versucht habe, durch Ausreden mit einer großen Zahl von Eltern sich ein Bild zu verschaffen, welche Eindrücke am nachhaltigsten in der Kinderseele haften geblieben seien. Bei diesen Berichten seien Erinnerungen schmerzlicher oder quälender Ereignisse so stark in den Vordergrund getreten, daß man leicht daraus hätte den Eindruck gewinnen können, als erlebten die Kinder weit mehr Schmerz als Freude. Das Kind verfährt sich im Alltag zu viele kleine Freuden, daß ihm diese als etwas Selbstverständliches und minder Eindrucksreiches erscheinen. Schmerz und Unglück dagegen, als etwas Leidenes, haften länger und tiefer. Nicht jeder dieser Schmerzen allerdings wird vom Erwachsenen als solcher gemerkt. Erst manches unbedachte Wort vertieft ihn und läßt ihn zum lange bleibenden Eindruck für das Kind werden. An einer großen Reihe von Beispielen erläuterte die Vortragende, wie leicht Eltern oder Pflegerinnen Veranlassung dazu geben können, ein Kind unglücklich zu machen, indem sie ein kleines Vergehen, das das Kind gar nicht als Schuld empfindet, noch künstlich aufbauschen oder durch Unverständnis oder Unzulänglichkeit das Kind dazu treiben, verstoßt zu werden, sich abzuschießen oder sogar in eine Krankheit zu flüchten. Ein freundliches, helfendes Wort vermag dagegen oft mit einem Schlag alles Leid wegwablen und Kummernisse zu zerstreuen. Wie leicht aber können andererseits die Erwachsenen dem Kind auch eine wahre Freude bereiten oder kleine Freuden vertiefen! Ein kleiner Osterhase, der mit viel Mühe gesucht werden muß, erfreut weit mehr als ein großer, der nur wortlos hingestellt wird. Zu all diesem Selben aber, zu diesem Mittragen von Freud und Leid des Kindes gehört eine vertiefte Einfühlung in die kindliche Seele, ein feines Verständnis und Wissen und ein Eingedenken, wie lange eigenes erlebtes Kinderleid in uns selbst noch bis ins Alter nachklingt.

Der Vortrag wurde von den Hörern, die in großer Zahl erschienen waren, mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgt. Am Schluss gab Herr Prof. Fuß mit dem Dank zugleich dem Wunsch Ausdruck, die Rednerin noch oft hier begrüßen zu können.

(-) Der neue Karlsruher Landrat. Zum Nachfolger des in den Rubelstand veretzten Herrn Landrat Dr. Bauer wurde Herr Landrat Th. Wintermantel aus Lörrach bestimmt.

(-) Kinderbeihilfe. Am Freitag, den 29. April d. J., abends 19.58 Uhr, treffen 100 Kinder, die vom Verein Jugendhilfe im Karlsruher Kinderhilfsab Donauschiffen untergebracht waren, nach lechswaldenlicher Kur auf dem Hauptbahnhof hier ein.

Wasserstand des Rheins

Kasel 27, gef. 3; Waldshut 220, gef. 2; Schutterinsel 78, gef. 1; Rehl 232, gef. 2; Marau 398, gef. 8; Mannheim 273, gef. 10; Caub 192, gestiegen 12 Zentimeter.

Volkskirchenbund religiöser Sozialisten

SAMSTAG, 30. April 1932, abends 8 Uhr, in der Stadtkirche (Marktplatz)

Religiöse Feier zum 1. Mai

unter Mitwirkung des Arb.-Gesangsvereins „Typographia“.

Eintritt frei! Predigt: Jugendpfarrer Kappes

Unsere Lebensmittel-Abteilung untersteht der ständigen Kontrolle des vereidigten Lebensmittel-Chemikers Herrn Dr. Mangler

TIETZ - Lebensmittel

Stets frisch
Stets gut
Stets billig

Wurstwaren

Mettwurst	ca. 125 gr. in Enden	24
Leberwurst	ca. 250 gr. jede Sorte	24
Rotwurst	ca. 200 gr. Stk.	24
Mettwurst	ca. 250 gr. in Enden Stück	24
Bierwurst	1/2 Pfund	30
Gekochter Schinken	1/2 Pfund	39
Hamburg. Leberwurst	1/2 Pfund	35
Hamburger Stadtwurst	1/2 Pfund	40
Roh-Schinken	1/2 Pfund	40
Hamburg. Cervelatwurst	1/2 Pfund	50

Vollfette Käse

Deutscher Münsterkäse	1/2 Pfund	70
Tilsiter ohne Rinde	1/2 Pfund	66
Tilsiter mit Rinde	1/2 Pfund	67
Dänischer Gouda	1/2 Pfund	68
Norw. Schweizerkäse	1/2 Pfund	69
Edamer	1/2 Pfund	40
Emmentaler ohne Rinde	1/2 Pfund	44
Holländer ohne Rinde	1/2 Pfund	60
Teobutter Hausmarke, 1/2 Pfd.-Paket		68
Mecklenburg. Faßbutter	1/2 Pfd.	74

Feische Fische

Kabliu	1 Pfund	15
Kabliu-Filet	1 Pfund	24
Schellfisch	1 Pfund	45

Kolonialwaren

Gelbe Erbsen ganz, poliert	1 Pfund	26
Grüne Erbsen ganz, poliert	1 Pfund	35
Grüne Erbsen halb, poliert	1 Pfund	33
Hartgrieb-Spaghetti leicht gefärbt	2 Pfund	75
Eier-Gemüsenudeln	2 Pfund	88
Eier-Makkaroni	1 Pfund	45
Puffd-Reis	Paket 100 gr.	24
Calif. Mischobst	1 Pfund	48
Calif. Ringäpfel	1 Pfund	70
Calif. Birnen	1 Pfund	65

Konfitüren

Schokolade, Vollmilch	100 Gramm-Tafel	24
Feurich-Keks-Mischung	1/2 Pfund	48
Pralinen-Packung	250 gr.	95
Vollmilch-Schokolade	Vollmilch-Erdnüb Tafel à 125 Gramm	24
Vollmilch-Block	1/2 Pfund	48
Vollmilch-Mokka	1/2 Pfund	48
Persipan-Schokolade	1/2 Pfund	48
Erfrischungswaffeln	1/2 Pfund	35
Kokosmakronen	1/2 Pfund	35

Eine Qualität für sich ist unsere Hausmarke
Hochfeines Auszugmehl „Stadion“ 5 Pfund 1.35
Feinstes Weizenmehl „Stadion“ 5 Pfund 1.25

Vollreis
glasiert
3 Pfd. 48 / 1 Pfd. 17

Linsen
groß, gut kochend
Pfund 19

Wir rösten täglich frisch!
Perl-Kaffee Spezial-Mischung Jubiläumspreis 1/4 Pfd. 75
Kaffee-Mischung 25% 1/4 Pfd. 75

Bayr. Emmentaler 48
vollfett, 1/2 Pfund

Benßdorf Kakao 68
stark entölt, Pfd.

Weine
Laubenholmer 1 Liter 75
Niersteiner 1 Liter 75
29er Hambacher Semmargarten 1 Liter 75
oberingelheimer rot 1 Liter 75

Macon 98
(Burgunder) 1/2 Flasche m. Gl.

Tee-spitzen 75
100 Gramm

Todes-Anzeige
Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber, guter Mann
Rudolf Speck
Maurermeister
im Alter von 51 Jahren am Freitag den 27. April 1932 um 2 1/2 Uhr sanft entschlafen ist.
Rhe-Valach, den 27. April 1932
An seiner Trauer:
Frau Speck, geb. Klein
Die Feuerbestattung findet Freitag, den 29. April 1932, 12 1/2 Uhr in Karlsruhe statt.
Trauerhaus: Rhe-Valach, Eigenhardtstraße 42 2495

Dankfagung
Für die überaus herzliche Anteilnahme beim Heimzuge meiner lieben Frau
Ernstine Weinhold
Ihren die ich allen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die tröstlichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Seufert, ferner der Sterbengemeinschaft „Italia I“ sowie dem Quartett der „Liederkreis“ und der „Musikgesellschaft“.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Ernst Weinhold
Karlsruhe, den 27. April 1932

Besichtige jeder die Schau-fenster der Volksfreund-Büch-handlung in der Waldstraße

Sie haben es nicht nötig, mit langen Haaren herumzulauten
Haarschneiden kostet 50 Pfg.
Rasieren „ 20 Pfg.
Im Friseurgeschäft Greulich, Kronenstr. 56
nähest. Kriegsstraße
Keine Lehrlingsarbeit, sondern erstklassige Kräfte

Sängerbund Barmharts Karlsruhe
Am 27. April ist unser langjähriges aktives Mitglied
Philipp Silbernagel
aus dem Leben geschieden. Die Einäscherung findet am Freitag mittag 12 Uhr im hiesigen Krematorium statt. Wir bitten unsere Mitglieder um zahlreichste Beteiligung. Die Sängertreffen am 2. und 12. Uhr vor dem Krematorium.
Die Verwaltung.
2198

TRAUERBRIEFE
liefert schnell und billig
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ G.m.b.H.
Waldstraße 28.

Zum 5. Bazar
angewiesen ihres Neubaus und Neubaugartens am Montag, 2. Mai und Dienstag, 3. Mai 1932, jeweils von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr in den Räumen des Mutterhauses, Spitalstraße 55 und zur Kirchenmusikalischen Abendfeier am Dienstag, 3. Mai, abends 8 Uhr, in der Mutterhauskapelle lädt alle seine Freunde herzlich ein
das Mutterhaus der Evang. Diakonissenanstalt.

Wer würde für ein Pflegekind von einem Mädchen gut erhalten, Kleinenwagen billig abgeben? Oh mit Preis u. 1.750 an d. Volkefr.
Schlafzimmer
schöner reich, komplett, äußerst gemütlich zu verkaufen. Ansehen bei Alb. Kammerer, Bürgerstraße 5.
Billiger Hemden-Verkauf von 1.95 an
Krawatten-Verkauf von 0.45 an
W. Heinert Nachf., Inh.: Frieda Kraft
Kaiserstraße 233

Erf Fisch!
Durch Fisch Gesund und Frisch!
Reichs-Fischwettbewerb vom 25. - 30. April 1932
Eingetroffen direkt ab See in Spezialfischwaggons in schwerster Eispackung

Kabliu
im Ansehn 15 Pfund
Kabliu-Filet
Paniermehl, Kapern, Citronen

Lachsheringe
Fette zarte Fische
St. 6 10 St. 58

Bratheringe
Lit.-D. 55 1/2 Lit.-D. 35

Saltgurken 5 1/2 St. 10
Essiggurken Dose 40
Kl. Bewürzgurken Dose 50
offen 1.16

Pfankuch
Unferroffenen Rabattbücher werden jederzeit eingelöst

Café Odeon
Ab heute **Preis-Abbau**
Ab 1. Mai
Eva Corell mit ihrem Orchester

Badisches Landes-theater
Donnerstag, 28. April
Wallenstein
Die Boccotomint - Wallenstein's Tod.
Von Schiller
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende: Bertram, Ermardt, Frauenborfer, Seiting, Kambach, Brand, Zehner, Ernst, Semmcke, Vera, Hertz, Höder, Spöck, Pfenninger, Ruhne, Kähler, Meiner, F. Müller, Wäter, Schulze, v. d. Trenck, Grimm, Seibert, Lindemann, Schönthalter
Anfang 19.30 Uhr
Ende 23.30 Uhr
Preise B 0.70 - 4.20 Mk.
27. 29. 4.
Sommer von einf. Sa. 30. 4. Neu einstudiert: Voccaccio, So. I. d. Wogenreiter, Wilhelm Fuchs, Schmitts, Tosca, Abends: Der fliegende Holländer. Im Konzerthaus: Zur goldenen Wiebe.

Brautleute!
Heute heißt es rechnen und sparen. Das finden Sie bei unserem **Schlafzimmer** voll u. ganz berücksichtigt. Das Schlafzimmer ist eiche, modern gebeitet, mit nachbaum polierten Absätzen. Das Zimmer besteht aus:
1 großen Schrank mit Innenspiegel (3 1/2 f. Wäsche, Kleid, etc.)
2 Bettstellen, 1 Waschkommode m. Spiegelansatz u. weissen Marmor
2 Nachtschische mit Glasplatten
2 Stühlen
1 Handtuchhalter
Das Zimmer kostet nur **320.-** und ist beste Schreinerarbeit.
Möbel-Krämer
Kaiserstr. 30 u. 24

A. Werthhammer
MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7361
Ausführung aller Maler-Arbeiten
solid und preiswert.

DER AUFSTIEG DER VOLKSFÜRSORGE

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherung: aktiengesellschaft, Hamburg

SOLLTE AUCH FÜR SIE EIN ZEICHEN DER GEGENWÄRTIG SIND BEI IHR VERSICHERT:

2 265 000
WERKTÄTIGE MIT
850 MILLIONEN RM
Versicherungssumme

AUSKUNFT:
Die Rechnungsstellen:
Karlsruhe, Schlützenstraße 16
Schramberg, An d. Staig (Volkshaus)

Wirklich billig und gut
nur Donnerstag, Freitag und Samstag

Sonderpreise

1 Pfd. Fleisch	95
1 Pfund Salami im ganzen	95
1 Bierwurst im ganzen	95
3 Dosen Delsardinen	95
1 Bayr. Mettwurst	15

Pfankuch
Unsere voll. Rabattbücher sind jederzeit einlösbar